

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 ■ 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenzfriedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 05 40 97

Beitrag:

15 € für Einzelmitglieder

30 € für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-20

GRENZFRIEDENSHEFTE

INHALT

| | Seite |
|--|-------|
| <i>Henning Bachmann</i> 50 Jahre „Akademie Sankelmark“..... | 83 |
| <i>Carsten Yndigegn</i> Die Einstellungen Jugendlicher zum Nachbarland..... | 88 |
| <i>Jørgen Kühl</i> Nationale Minderheiten in Skandinavien..... | 95 |
| <i>Ulrich Jeß</i> Mahnmal aus rostigem Stahl Jugendliche schufen eine Skulptur für die Gedenkstätte Ladelund..... | 136 |
| Umschau ab Seite 138 | |

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum
Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6, 24943 Flensburg
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: mittelstaedt@cicero-mc.de
Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

50 Jahre „Akademie Sankelmark“*

von HENNING BACHMANN

„Wahrheit suchen, Tugend üben,
Gott und Menschen herzlich lieben,
das sei unser Losung Wort.“

Am 29.06.1952 beendete Landrat Friedrich Wilhelm Lübke seine Rede aus Anlass der Eröffnung der neubauten „Grenzakademie Sankelmark“ mit diesem Leitspruch.

Wenn man in hundert oder tausend Jahren in den Fundamenten der niedergelegten „Bildungsburg“ Sankelmark graben wird, könnte man - mit ein wenig Glück - die Gründungsurkunde finden, um dort zu lesen:

„Die Grenzakademie soll in freier geistiger, politischer und kultureller Auseinandersetzung dazu beitragen, die schleswigsche Grenzfrage einer friedlichen und gerechten Lösung zuzuführen und soll darüber hinaus Brücke sein zu einer echten Verständigung der Völker...“

Humanistische Ziele - formuliert vor dem Hintergrund regionaler und tagespolitischer Auseinandersetzungen - tragen die Grenzakademie.

Vorausgegangen war der Grundsteinlegung eine heftige Auseinandersetzung mit Vertretern der dänischen Minderheit. Diese hatte - vertreten durch ihren Kreistagsabgeordneten Boegh-Andersen - zusammen mit der Landesregierung und der britischen Militärregierung Pläne für den Bau einer dänischen Bildungsstätte am Sankelmarker See entwickelt. Landrat Lübke war dagegen. Vor dem Flensburger Kreistag erklärte er: „Das Gelände am Sankelmarker See ist für uns historischer Boden ... Auf solchem Grund und Boden kann niemals eine dänische Volkshochschule entstehen. Wenn hier eine Volkshochschule errichtet werden soll, dann kann es nur eine deutsche sein ... Und ich frage, was würde die dänische öffentliche Meinung sagen, wenn die deutschen Kreise Nordschleswigs einen Antrag auf Bau einer deutschen Volkshochschule in Düppel stellen würden? Ich bin sicher, dass das als Herausforderung angesehen würde ...“ Doch F. W. Lübke setzte sich durch. Am Sankelmarker See wurde eine

* erstmals erschienen auf einer Sonderseite des Flensburger Tageblatts vom 29.6.2002 zum 50. Jubiläum der „Akademie Sankelmark“ und für den Druck geringfügig überarbeitet.

deutsche Bildungsstätte gebaut. Die dänische Minderheit errichtete ihre Volkshochschule kurze Zeit später am Baggersee in Jarplund.

Erster Leiter der Akademie Sankelmark war Dr. Johann Heinrich Martens. Er konnte die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen und wurde bereits nach drei Monaten von Dr. Franz Schriewer abgelöst. Schriewers Aufgabe bestand darin, das von ihm geschaffene Büchereiwesen im Landesteil Schleswig nach dem Krieg wieder aufzubauen. Da er sich sehr stark für die Gründung einer Bildungsstätte im Westen des Kreises eingesetzt hatte (zunächst gegen die Absicht des Landrates Lübke), fühlte er sich verpflichtet, die Leitung neben seiner Büchereivereinstätigkeit in dieser Notsituation zu übernehmen. Die Doppelbelastung war für Schriewer nicht einfach. Es gelang ihm allerdings, „Sankelmark“ ins richtige Fahrwasser zu lotsen.

Es war auch Franz Schriewer, der nach zweijähriger Tätigkeit den Nachfolger Heinz Dähnhardt an die Akademie holte. Beide kannten sich: Dähnhardt war im früheren Reichsinnenministerium der zuständige Beamte für das öffentliche Büchereiwesen gewesen. In den Erinnerungen Hartwig Schlegelbergers - später Landrat im Kreis Flensburg-Land - ist zu lesen: „Dr. Dähnhardt war eine vornehme Persönlichkeit, ein Herr, der in der Tradition bester konservativer Grundauffassung wurzelte, aber gerade als Konservativer auch bereit und willens war, sich mit neuen Ideen auseinanderzusetzen. Ihm ist insbesondere der Durchbruch , Sankelmarks¹ aus dem regionalen in den bundesweiten Bereich gelungen.“

In den Erinnerungen Schlegelbergers ist auch nachzulesen, daß die Bestellung Dähnhardts nicht ganz einfach gewesen war. F. W. Lübke hatte offensichtlich einem anderen Kandidaten die Leitung zugesagt („ ... auch ein sehr qualifizierter Kandidat..Schlegelberger verrät allerdings nicht den Namen. Insider vermuten jedoch, dass es der spätere Ministerpräsident Schleswig-Holsteins und Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg gewesen sein soll.

Unter Dähnhardts Leitung wurde die Akademie „Sankelmark“ zu einem bundesweiten Leitbegriff im Bildungsbereich - und ist es bis heute geblieben. Die dänisch-deutsche Grenze und die damit verbundenen Problemfelder füllten in diesen Anfangsjahren die Tagungsprogramme, aber auch politische Gegenwart („Bildung neuer weltpolitischer Kraftfelder“, 1953) oder aktuelle sozialpolitische Themen („Welche dringlichen Probleme stehen vor der Frau der Gegenwart“, 1954) lockten Teilnehmer in die Grenzakademie.

Methodisch-didaktische Basisarbeit musste erledigt werden, da die „Grenzakademie“ mit ihrer Arbeitsweise pädagogisches Neuland betrat. Im Jahresbericht von 1955 ist nachzulesen: „In der Regel umfassen die Tagungen der Akademie drei volle Arbeitstage (von Dienstag bis Donnerstag) mit Montag als Anreise-

und Freitag als Abreisetag ... Damit sind die Tagungen allen Berufen und Lebensaltern zugänglich; dieses Bestreben wurde durch einzelne Behörden und Verbände unterstützt, die ihren Angehörigen bereitwillig Urlaub und nötigenfalls Beihilfen gewährten.“ Weiter hieß es: „Überfüllte Programme verurteilen den Teilnehmer zur Passivität und machen ihn mit Recht mißmutig.“

Ohne gesetzlich geregelten Fortbildungsanspruch wurde die Teilnahme an Sankelmark-Seminaren finanziell unterstützt - heute nur noch schwer vorstellbar. Auch das Wochenende - heute die wichtigste Arbeitszeit überhaupt - wurde in der Regel frei gehalten. Hauptgrund war die Rücksichtnahme auf die Mitarbeiter, die ein freies Wochenende beanspruchten.

Dähnhardt hielt 25 bis 30 Seminare für eine hervorragende Jahresleistung, u. a. weil, wie es im Jahresbericht 1954 hieß, „ein Monat für die Schließung des Belliebes wegen Urlaub angesetzt werden muss, der größte Teil der Sonn- und Feiertage ausfällt und je Woche 1 1/2 Tage für Reinigung des Hauses und hauswirtschaftliche Vorbereitungsarbeiten zwischen den einzelnen Tagungen abgezogen werden müssen!“

Diese - aus heutiger Sicht - paradiesischen Zustände gibt es nicht mehr: das Wochenende ist zum Arbeitsschwerpunkt geworden, alle technischen Arbeiten zum Betrieb des Hauses werden geräuschlos während der Seminare erledigt, und die Veranstaltungszahl hat sich auf ca. 170 pro Jahr versechsfacht, In 50 Jahren hat sich auch in „Sankelmark“ das Tempo gewaltig erhöht.

Durch fast alle Jahresberichte zieht sich die Diskussion über den Standort der Akademie: im Wald und am See - in großer Einsamkeit. Während F. W. Lübke das historische Gelände „besetzen“ wollte, findet Dähnhardt eine pädagogische Begründung: „Geistige Arbeit, die auf Ruhe und Besinnung angewiesen ist, findet auf dem Lande heute günstigere Voraussetzungen als im Lärm unserer Städte.“ Diese romantisierende Bewertung war Zeitgeist der 50er Jahre. Auch die damals gegründeten Goetheinstitute wurden in deutschen Kleinstädten errichtet, weil man glaubte, dass Ausländer den „deutschen Geist“ am ehesten in bayrischer Atmosphäre oder in fränkischen Fachwerkbauten entdecken könnten. Erst später bekannte man sich zur Attraktivität von Großstädten.

Wer heute nach „Sankelmark“ fährt, weiß, dass der öffentliche Personennahverkehr die Akademie noch nicht richtig entdeckt hat und dass er sich mit Lesestoff eindecken muss, um die Abende zu füllen. Die idyllische Lage beeindruckt allerdings immer noch!

14 Jahre residierte Heinz Dähnhardt auf Sankelmark. 1968 wurde er durch Joachim Oertel abgelöst. Er verbrachte ein Berufsleben in und mit der Akademie. Er baute den überregionalen guten Ruf der Akademie weiter aus. Er war es auch, der das Wort „Grenz-“ aus dem Namen der Akademie löschte, denn das

Thema: deutsch-dänische Grenze hatte an Bedeutung verloren. Die deutsche Zweistaatlichkeit wurde in den 60er und 70er Jahren zu einem wichtigen Thema. Oertel hatte als freier Mitarbeiter gerade zu diesem Thema häufig in der Akademie referiert. In Pommern geboren, hatte er eigene DDR-Erfahrung, die er interessant und spannend weiter zu vermitteln wusste. Hochherrschaftliches Auftreten hatte er sich während seiner Privatlehrertätigkeit in einem deutschen Adelshaus angeeignet. Oertel war ein „self-made-man“, und so agierte er auch in „seinem Haus“. Der Mitarbeiterwechsel in „Sankelmark“ war groß. Studienleiter kamen und gingen! Drei Jahre „Sankelmark“ hatten sie - je nach eigener Konstitution - weich oder hart geklopft. Die montäglichen Vor- und Nachgespräche unter Joachim Oertels Leitung waren streng und härteten ab. Fast alle, die in „Sankelmark“ ihre ersten beruflichen Erfahrungen machten, erreichten hohe Positionen in der schleswig-holsteinischen oder bundesdeutschen Bildungslandschaft. „Gedient in Sankelmark“ war eine ausgezeichnete Empfehlung für ein berufliches Fortkommen.

Es war Oertels Verdienst, dass die Akademie Sankelmark bundesweit einen außerordentlich guten Ruf genoss. Seine letzten Dienstjahre in Sankelmark wurden schon von dem Dauerthema der sich anschließenden 90er Jahre überschattet, nämlich von der Frage nach dem „lieben Geld“. In den 35 Jahresberichten von 1952 an schien „Geld“ kein Thema gewesen zu sein - es war wohl vorhanden. In den letzten 15 Jahren dreht sich alles um die Finanzierbarkeit solcher Einrichtungen. Oertels Nachfolger - Dr. Gerhard Jastram - begann seine Arbeit am 01.04.1991. Die sich ständig verschärfende Finanzsituation prägte seine Dienstzeit in „Sankelmark“. Für pädagogische Experimente, für attraktive Referenten oder für die Sanierung des in die Jahre gekommenen Gebäudes war kein Geld vorhanden. Jastram musste viel Energie dafür aufwenden, des Deutschen Grenzvereins „Flaggschiff“: die Akademie Sankelmark schwimmfähig zu erhalten.

Die Krise des Deutschen Grenzvereins als Träger von „Sankelmark“ Mitte der 90er Jahre brachte die Akademie in Existenznot. Zeitungen berichteten schon darüber, dass die Bildungsstätte hervorragend als Golfhotel zu nutzen wäre. Wo aber sollte die Fläche für einen Golfplatz liegen? Erst nach Überwindung großer Turbulenzen gelang es dem Grenzverein, wieder ruhigeres Fahrwasser zu erreichen; sein Flaggschiff wurde vor der Strandung bewahrt.

Unter der Leitung von Dr. Rainer Pelka seit dem 01.10.1998 gewann „Sankelmark“ Profil und Renommee zurück. Die „Europäische Akademie Schleswig-Holstein“ - von Leck nach Sankelmark verlegt - stabilisierte die Bildungsstätte zusätzlich. Das Gebäude ist in den letzten Jahren von seinem Träger „Deutscher Grenzverein“ und durch das Land Schleswig-Holstein saniert worden. Die

Akademie - mit ihren Mitarbeitern, ihren Trägern und ihren Freunden - blickt wieder selbstbewusst und neugierig in die Zukunft.

Die Einstellungen Jugendlicher zum Nachbarland

von CARSTEN YNDIGEKN

Das Institut für Grenzregionsforschung in Apenrade hat in den letzten drei Jahren eine großangelegte Untersuchung über die Einstellungen deutscher und dänischer Jugendlicher zu ihrem Nachbarland durchgeführt. Von jeweils drei Gymnasien auf dänischer und deutscher Seite der Grenze wurden Schüler über einen Zeitraum von drei Jahren über ihre generelle Einstellung zum Nachbarland, dessen Bevölkerung und dessen Sprache befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Jugendlichen sowohl pauschale als auch differenzierte Urteile abgaben und dass sie im Großen und Ganzen nicht besonders voreingenommen sind. Es ist geplant, die Untersuchung auf andere Grenzregionen auszudehnen. Carsten Yndigegn, assoziierter Professor am Institut für Grenzregionsforschung, fasst im folgenden Beitrag wesentliche Ergebnisse der Untersuchung zusammen.

Der komplette Untersuchungsbericht (Carsten Yndigegn Hansen, Karen Margrethe Pedersen, Michael Schack: Unges holdninger til nabolandet, Aabenraa 2002) kann beim Institut for grænseregionsforskning, Persillegade 6, DK-6200 Aabenraa, Tel: 00 45 / 74 62 55 50, bezogen werden (DKK150,- + Porto).

Für die Leserinnen und Leser der Grenzfriedenshefte dürfte es von Interesse sein, die Ergebnisse des Instituts für Grenzregionsforschung mit den Resultaten einer vom Grenzfriedensbund durchgeführten Befragung zu vergleichen, über die Rolf Fischer in Heft 2/2002, S. 107ff. berichtet hat (Leben im Grenzland 2002 - 567 Schülerinnen und Schüler sagen ihre Meinung).

Die Redaktion

1997 begannen das Gymnasium Friedrich-Paulsen-Schule in Niebüll und das Gymnasium Tondern eine grenzüberschreitende fachliche und pädagogische Zusammenarbeit mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen, die gegenseitige Toleranz zu erhöhen und das gegenseitige Verständnis sowie die Zusammenarbeit zu verbessern. Aus Anlass dieser pädagogischen Entwicklungsarbeit beschloss das Institut für Grenzregionsforschung, eine kleinere, unabhängige Untersuchung durchzuführen.

Während drei Jahren haben drei Forscher des Instituts, Karen Margrethe, Michael Schack und Carsten Yndigegn, die Einstellungen über das jeweilige Nachbarland in je einem Gymnasiasten-Jahrgang untersucht, der an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit teilgenommen hat. Die Gymnasi-

asten haben einmal im Jahr einen Fragebogen ausgefüllt. Mit dieser Methode wollen wir untersuchen, welche Einstellungen und Vorurteile die Jugendlichen über das Nachbarland und dessen Bevölkerung haben und ob sich diese im Laufe der drei Jahre verändert haben. Um eine Vergleichsgrundlage zu haben, bezogen wir zwei weitere Gymnasien auf jeder Seite der Grenze in die Untersuchung ein. Zuerst jeweils ein Gymnasium in der deutsch-dänischen Grenzregion; auf deutscher Seite in Flensburg, auf dänischer Seite in Sonderburg. Als Zweites jeweils ein Gymnasium außerhalb der Grenzregion. Hier wählten wir ein Gymnasium in Neumünster bzw. Esbjerg.

Es besteht immer noch Anlass, auf Vorurteile aufmerksam zu sein

Man kann sich fragen, ob es immer noch relevant ist, Einstellungen und Vorurteile zu untersuchen. Niemand wird daran zweifeln, dass negative Einstellungen und Vorurteile weit verbreitet sind, wenn wir über Einwanderer sprechen. Am Rand und außerhalb von Europa waren wir im letzten Jahrzehnt Zeuge nationaler Konflikte, von denen wir gehofft hatten, dass sie schon Geschichte seien. Wie aber verhält es sich in einem Teil der Welt, wo seit mehr als einem halben Jahrhundert Frieden geherrscht hat?

Neuere europäische Forschungen zeigen, dass friedliche Lebensbedingungen allein nicht negative Einstellungen und Vorurteile ausrotten. Eine Gruppe holländischer Forscher hat Anfang der 1990er Jahre umfassend die Einstellung junger Holländer zu Deutschland untersucht. Ihr Ergebnis war, dass es in Holland bei Jugendlichen eine verbreitete negative Einstellung zu allem Deutschen gab. Während englische Sprachkenntnisse als unumgänglich angesehen wurden, betrachtete man Deutsch als provinziell. Bis auf einzelne Ausnahmen lag Deutschland weit abgeschlagen an letzter Stelle auf allen Skalen, in denen die Einstellung der holländischen Jugendlichen zu anderen Ländern gemessen wurde. Von einem Großteil der Jugendlichen wurden den Deutschen negative Eigenschaften wie Dominanz und Arroganz zugeschrieben. Nur ein kleiner Teil meinte, dass man Engländer und Franzosen diese Eigenschaften zuschreiben müsste. Dazu kam, dass nur wenige fanden, dass Deutsche z.B. freundlich seien.

Planung der Untersuchung

Bei der Planung der Untersuchung gingen wir sehr offen ans Werk. Wir entschieden, Stereotypen zu untersuchen, anstatt uns eng auf die Vorurteile zu konzentrieren. Stereotypen sind typische Generalisierungen, die eine Gruppe auf eine andere anwendet. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass sie normal verbreitet sind und eine gewisse Dauerhaftigkeit und Stabilität besitzen, und sie charakterisieren ganze Personengruppen. Stereotypen-Forschung hat sich hauptsächlich auf die negativen Stereotypen konzentriert, da sie das Ziel hatte, die Ursachen für ethnische Verfolgung aufzudecken. Stereotypen können jedoch genauso gut positiv sein. Das gilt z. B. in der Regel für die Eigenschaften, die eine Nation sich selbst zuschreibt.

Jedes Mal stellten wir die deutschen Jugendlichen vor die Frage, an was sie denken, wenn sie die Wörter „dänisch“ und „Dänemark“ hören. Die dänischen Jugendlichen sollten dementsprechend zu den Wörtern „deutsch“ und „Deutschland“ Stellung nehmen. In der ersten Untersuchung baten wir die Jugendlichen außerdem, fünf Aussagen über die Bevölkerung des Nachbarlandes zu schreiben, die sie für wahr hielten, und fünf, die sie für unwahr hielten.

Der unmittelbare Eindruck der Deutschen von den Dänen

Die jungen Deutschen denken zuallererst an Dänemark als Urlaubsland. Wörter wie Ferien, Urlaubsland, die dänischen Strände und die dänischen Ferienhäuser werden häufig genannt. Unter den Ferienzwecken wird hauptsächlich Rømø genannt, aber auch andere Orte an der jütländischen Westküste erscheinen in den Antworten. Die deutschen Jugendlichen nennen auch die dänische Fahne und die dänische Hauptstadt, und Fahrräder, Hot-dogs, Bier und dänisches Lakritz sind auch häufige Antworten. Als Charakterisierung für die Bevölkerung wird meist „nette Menschen“ genannt. Andere Assoziationen sind dänische Mädchen, der Rita-Supermarkt in Kruså, Geschwindigkeitsbeschränkungen, das Roskilde-Festival sowie einige dänische Rockbands und Sportler.

Einige nannten das Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und Dänemark während der EM 1992 und den dänischen Sieg beim Grand Prix Eurovision 2000. Unter den deutschen Jugendlichen sind Urlaub und Hot-dogs die eindeutig dominierenden Aspekte, die mit Dänemark verbunden werden. Es ist ganz deutlich, dass Dänemark als Urlaubsland die primäre Assoziation ist. Es kommen ganz wenige Aussagen vor, die eine Kenntnis anderer Aspekte des Landes voraussetzen.

Der unmittelbare Eindruck der Dänen von den Deutschen

Hier gab es eine lange Reihe Antworten, die sich schwer zusammenfassen lassen, aber einige Themen kehren doch mit besonderer Häufigkeit wieder. Für die dänischen Jugendlichen ist der Grenzhandel das dominierende Thema. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen nennen etwas, das in Verbindung zum Grenzhandel steht. Die genannten Dinge sind: billiges Bier, Zigaretten, Spirituosen, Süßigkeiten oder einfach nur Grenzhandel. Das andere Hauptthema ist der Zweite Weltkrieg, manchmal auch der Erste Weltkrieg, der Nationalsozialismus und Hitler, und mindestens einer dieser Begriffe wird von einem Viertel der Jugendlichen genannt. Zu anderen häufig genannten Themen gehört deutsches Essen, wo besonders Wurst in allen Variationen (Bockwurst, Bratwurst, Currywurst etc.) und Sauerkraut genannt werden. Deutsche Autos und Autobahnen - sowohl der schnelle Verkehr als auch die Benutzung bei der Durchreise - werden oft genannt. Das gilt auch für die Assoziation deutscher Touristen mit gelben Regenmänteln.

Es werden auch oft Ausdrücke genannt, die sich auf das persönliche Erscheinungsbild beziehen. Man nennt u.a. die besondere Frisur, die von einigen bloß „Deutschenhaar“ genannt wird, während andere sie „Bundesligafrisur“ nennen, und einige benutzen den Ausdruck „vokuhila“ (vorne kurz hinten lang).

Darüber hinaus wird eine Unmenge an Dingen genannt: deutsche Medien, besondere Musikrichtungen, deutscher Fußball, deutsche Persönlichkeiten, deutsche Natur und deutsche Städte sowie besondere historische und politische Ereignisse. Einzelne weisen auf persönliche Beziehungen hin, z.B. Familie, Freunde, die Freundin/den Freund oder ein besonderes Erlebnis. Schließlich nennen einige der Jugendlichen ihren Deutschunterricht. Diejenigen, die ihn nennen, verbinden ihn jedoch mit negativen Gefühlen.

Vorurteile sind wohlbekannt

Auf die Frage nach wahren Behauptungen über Dänen nennen die deutschen Jugendlichen als positive Aspekte Freundlichkeit, Umgänglichkeit und Gastfreundschaft in ihrer Charakteristik der Dänen. Als negative Aspekte werden genannt, dass Dänen viel Alkohol trinken, dass sie schlecht Auto fahren, und ihnen werden keine großen Talente im Fußball und anderen Sportarten zuerkannt; im Gegensatz dazu wird aber gesagt, dass viele Dänen Sport treiben. Es gibt auch einige die meinen, dass Dänen „blöd“ seien. Einige hielten sich an den „blonden“ Dänen fest; ein paar meinten sogar, dass alle Dänen blond seien. Die Bekleidung der Dänen ruft auch nicht nur

Bewunderung hervor, da es bemerkt wird, dass Dänen oft in Jogging-Anzügen auf der Straße gehen. Die dänische Wohlfahrtsgesellschaft, die sozialen Verhältnisse und das Schulsystem sind dagegen Dinge, die positiv bewertet werden. Es wird auch hervorgehoben, dass Dänen eine positive Einstellung dazu haben, mehrere Fremdsprachen zu können, während ein Einzelner meint, dass Dänen sprechen, als ob sie eine Kartoffel im Mund hätten.

Bei den deutschen Schülern ist auffällig, dass die Schüler aus Niebüll häufig zu wertneutralen Charakteristika greifen, die Schüler aus Neumünster ausgeprägt positiv urteilen, wogegen unter den Schülern aus Flensburg der gleiche Wechsel von positiven und negativen Aussagen anzutreffen ist wie bei den dänischen Schülern. Die dänischen Jugendlichen nennen eine Reihe charakteristischer Merkmale zum Aussehen und Verhalten von Deutschen. Das sind Behauptungen über Ess- und Trinkgewohnheiten (Würste, fettes Essen, viel Bier). Dazu kommt der Hang zu großen Autos, schnellem Auto fahren, aber auch Höflichkeit im Verkehr. Eine Reihe Charakterzüge werden häufiger als andere hervorgehoben. Dies sind positive Charakterzüge wie Höflichkeit, Freundlichkeit und Gastfreundschaft, und negative Züge wie dominant, arrogant, konservativ und laut. Deutsche Qualität und Effektivität wird genauso oft genannt. Auch Rassismus und Nazismus tauchen oft auf, aber häufig mit der einschränkenden Bemerkung, dass das bei weitem nicht für alle gelte.

In den späteren Untersuchungen baten wir die deutschen Jugendlichen zu schreiben, welche Vorurteile Dänen nach ihrer Meinung über Deutsche hätten, und welche Vorurteile Deutsche über Dänen hätten. Genauso fragten wir die dänischen Jugendlichen. Hierbei zeigte es sich, dass die Jugendlichen sehr genau wissen, wie sie von der Bevölkerung des Nachbarlandes beurteilt werden, und das gilt sowohl für die deutschen als auch für die dänischen Jugendlichen. Wenn man so direkt nach Vorurteilen fragt, besteht jedoch die Gefahr, deren Bedeutung zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Einige Jugendliche wehrten sich in ihren Kommentaren zu den Fragebögen hiergegen. Einige meinten, dass sie sich gedrängt fühlten, sich kräftiger auszudrücken, als sie eigentlich wollten.

Die Einstellungen der Jugendlichen auf dem Prüfstand

In den letzten zwei Untersuchungen haben wir eine Reihe Fragen formuliert, um das Ausmaß und die Art der Vorurteile der Jugendlichen über ihr Nachbarland messen zu können. Es gab drei Gruppen von Fragen. In der ersten

Gruppe waren eine Reihe von Behauptungen über die Jugendlichen des Nachbarlandes, in der zweiten Behauptungen über die Bevölkerung des Nachbarlandes generell, und in der dritten über die Sprache des Nachbarlandes. Die Jugendlichen sollten Stellung nehmen, inwieweit sie den Behauptungen zustimmten oder nicht. Die angeführten Behauptungen waren sowohl positive als auch negative Aussagen, und die Themen richteten sich nach den Antworten der Jugendlichen aus der ersten Untersuchung.

Die Jugendlichen beurteilen sich

Die Behauptungen über die Jugendlichen sind so ausgewählt, dass sie vermutlich leicht im täglichen Leben wiedererkennbar sind: Alkohol und Trinkgewohnheiten, Sport, Politik, Freunde/Kameraden, Eltern, Sexualität, Musikgeschmack, Kleidung und Mode, Ernährungsgewohnheiten und Umweltbewusstsein. Die Jugendlichen aus Tondern und Niebüll zeigten in ihren Beurteilungen eine positive Einstellung zu den Jugendlichen aus ihrem jeweiligen Nachbarland. In den Antworten zeigte sich viel Zustimmung zu den positiven Aussagen und wenig Zustimmung zu den negativen. Im Laufe der Untersuchung gab es einen Trend zu eindeutigeren Aussagen, aber nicht so stark, dass sich der generelle Eindruck veränderte.

Unter den deutschen Jugendlichen sind es die Trinkgewohnheiten der dänischen Jugendlichen, welche am negativsten beurteilt werden, wobei die Jugendlichen in Flensburg am kritischsten sind. Generell haben die Jugendlichen aus Neumünster die positivste Einstellung zu den Dänen. Darüber hinaus bleibt der Haupteindruck, dass die deutschen Jugendlichen Behauptungen entkräften, die dänische Jugendliche entweder besser oder auch schlechter als deutsche darstellen.

Die dänischen Jugendlichen im Ganzen beurteilen die deutschen Jugendlichen am negativsten bei den Fragen nach schicker Kleidung und Ernährungsbewusstsein. Die positivsten Beurteilungen gibt es für die Trinkgewohnheiten der deutschen Jugendlichen und für ihr Verhältnis zu ihren Kameraden. Man kann nicht eindeutig schließen, dass die Jugendlichen überwiegend positiv oder negativ seien.

Es ist notwendig, die Sprache des Nachbarlandes zu kennen

Die Beurteilung der deutschen Sprache durch die dänischen Jugendlichen zeigt, dass der Großteil deren ästhetische Qualität negativ beurteilt: Mehr als die Hälfte stimmen der Aussage zu, dass Deutsch eine hässliche Spra-

che ist und stimmen der Aussage überhaupt nicht zu, dass es eine schöne Sprache ist. Die entsprechende Beurteilung der dänischen Sprache durch die deutschen Schüler ist differenzierter. In Neumünster wird Dänisch positiv beurteilt, während in den zwei grenznahen Schulen negative Beurteilungen überwiegen. Die negative Beurteilung ist aber weit weniger ausgeprägt als unter den dänischen Schülern.

Die dänischen Schüler stimmen jedoch der Aussage zu, dass es notwendig ist, Deutsch zu können und dass Deutschkenntnisse vorteilhaft für die Ausbildung und die Berufsaussichten sind. Nur ein kleiner Teil der deutschen Jugendlichen sieht einen Vorteil darin, Dänisch für eine Ausbildung zu können, aber die Mehrheit der Flensburger Schüler meint, dass es die Berufschancen verbessert, wenn man Dänisch kann. Es ist außerdem sehr interessant, dass mehr deutsche Jugendliche der Aussage, dass es in der Grenzregion notwendig ist, Dänisch zu können, zustimmen als nicht zustimmen.

Stabile Einstellungen mit nationalen Unterschieden

Durch statistische Analysen haben wir untersucht, ob sich im Laufe der drei Jahre, die die Untersuchung gedauert hat, Einstellungen verändert haben. Es hat kleinere Verschiebungen bei den dänischen Schülern gegeben, aber nicht in einer statistisch signifikanten Größenordnung. Bei den deutschen Schülern haben wir gar keine Einstellungsänderungen festgestellt. Auf der Grundlage unserer Analyse kann also nicht geschlossen werden, dass der grenzüberschreitende Zusammenarbeitsversuch der beiden Gymnasien an der Westküste sich auf die Einstellungen der Schüler zu ihrem Nachbarland ausgewirkt hat.

Eine gesamte Analyse der Einstellungen zeigt, dass die deutschen Schüler der Bevölkerung ihres Nachbarlandes gegenüber positiver eingestellt sind als die dänischen. Dabei haben die deutschen Jugendlichen, die am weitesten entfernt von der Grenze wohnten, die positivste Einstellung zu Dänemark. In Dänemark sind es dagegen die Jugendlichen, die am nächsten an der Grenze wohnen, die die positivste Einstellung zu Deutschland haben. Es zeigte sich außerdem, dass sich gewisse Formen des Kontakts zum Nachbarland auf die Einstellung auswirken. Unter den Jugendlichen beider Länder gab es eine positivere Einstellung unter denen, die Freunde oder Bekannte im Nachbarland haben.

Übersetzung: Martin Klatt

Nationale Minderheiten in Skandinavien

von JØRGEN KÜHL

Die Problematik nationaler Minderheiten hat seit Mitte der 1980er Jahre in ganz Europa an Aktualität und Dringlichkeit gewonnen. Dabei stehen insbesondere die ethnisch-nationalen Fragen und Konflikte in Mittel- und Osteuropa im Mittelpunkt des Interesses. Im „Schatten“ dieser Ereignisse haben sich allerdings auch an anderen Orten Europas Neuerungen hinsichtlich der Minderheitenpolitik ergeben. So kann in Skandinavien seit einigen Jahren eine weitreichende Neudefinition der Politik festgestellt werden. Am Institut for grænseregionsforskning/ Institut für Grenzregionsforschung in Apenrade wird zurzeit ein Forschungsprojekt zur aktuellen Thematik nationaler Minderheiten in Skandinavien und im Baltikum durchgeführt. 2003 wird dazu eine Monografie von Jørgen Kühl erscheinen. In diesem Beitrag stellt der Direktor des Instituts einige Ergebnisse des Projekts vor.

Die Redaktion

Einleitung

Nationale Minderheiten gibt es nicht nur im deutsch-dänischen Grenzland oder in Mittel- und Osteuropa. Sie sind ein Phänomen und Faktum, dass in allen europäischen Staaten anzutreffen ist. Lediglich Island und Portugal beherbergen keine nationalen Minderheiten. Ansonsten ist Europa in ethnisch-nationaler Hinsicht ein Kontinent mit über 40 Staaten und weitaus mehr verschiedenen Nationalitäten. Die Gesamtzahl der nationalen Minderheiten beträgt mindestens 300, kann aber auch eine weitaus höhere Zahl betragen, da eine Nationalität, die in einem Staat eine nicht-dominante Gruppe darstellt, sehr wohl in diesem Staate in mehreren Minderheiten organisiert sein kann. Dadurch vergrößert sich natürlich die Gesamtzahl der Minderheiten.

Es handelt sich demnach um eine Vielzahl von Gruppen. Alleine in der Europäischen Union finden sich beispielsweise 45 Minderheitensprachen, die von (mindestens) 63 Minderheiten gesprochen werden. Dabei ist hervorzuheben, dass es sich um Minderheitensprachen, aber nicht um Minderheiten handelt. Deren Zahl liegt auch in der EU höher. Die folgende Tabelle vermittelt einen Eindruck der traditionellen sprachlichen Vielfalt, die auch in der EU zum gemeinsamen Kulturerbe gehört.

Genaue Zahlen über die Gesamtzahl der nationalen Minderheiten in Europa stehen nicht zur Verfügung, obwohl es immer wieder Ansätze zu einer Gesamtübersicht gibt. Dabei erweist es sich stets als schwierig, eine autoritative Feststellung zu erzielen. Problematisch ist nämlich oftmals die Definition des Begriffes nationale Minderheit. Hinzu kommen alternative oder konkurrierende Begriffe wie Volksgruppen, Nationalitäten oder Völker ohne Staat, die zudem oftmals schwerlich von regionalen Bewegungen zu unterscheiden sind. Minderheiten sind manchmal chamäleonartig und definieren sich in unterschiedlichen Zusammenhängen unterschiedlich. So kann eine und dieselbe Gruppe zur gleichen Zeit sowohl als nationale Minderheit als auch als Regionalbewegung auftreten. Dabei ist jeweils der Kontext und die Interessenlage entscheidend.

Hinzu kommt die Schwierigkeit, nationale Minderheiten von Migrantengruppen zu unterscheiden. Beide Typen sind Minoritäten. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Sprache, Kultur, Traditionen, Geschichte sowie der Selbstidentifikation von anderen gesellschaftlichen Gruppen. Nationale Minderheiten und Migrantenminderheiten sind ebenfalls jeweils nicht-dominierende Gruppen in einem Staat. Des Weiteren sind sie numerische Minderheiten, obwohl sie regional oder lokal zum Teil Mehrheiten bilden können. Außerdem besitzen sie in der Regel den Willen, sich als Gruppe zu behaupten. So lässt sich also bereits beim ersten Blick Parallelität zwischen nationalen Minderheiten und organisierten Migrantengruppen feststellen. Oftmals werden die beiden Arten von Minderheiten pauschal als ethnische Minderheiten bezeichnet, ohne Unterscheidung zwischen traditionell ansässigen und neu hinzugekommenen Gruppen.¹ Dennoch sind sie unterschiedliche Typen von Minderhei-

ten, die nicht ohne weiteres pauschal aufzufassen und zu betrachten sind.

Nationale Minderheiten haben in der Regel eine traditionelle, historisch bedingte Zugehörigkeit zu dem Land, in dem sie leben. Entweder leben sie seit Generationen bzw. „immer“ in dem Staat, oder sie sind in der Folge von territorialen Veränderungen zur Minderheit in dem betreffenden Staat geworden. Nun ist der Begriff der Kontinuität und Tradition jedoch elastisch: Traditionelle Zugehörigkeit kann bereits nach zwei-drei Generationen oder nach 40-50 Jahren entstehen. Somit wären demnächst mehrere Migrantengruppen in der Bundesrepublik Deutschland auch als traditionelle Gruppen aufzufassen. Im Falle der Polen in Deutschland stellt sich sogar die Frage, ob es sich - wie offiziell verlautbar - um eine „neue“ Migrantenminderheit handelt oder ob sich eine Relation zur historischen, spätestens in den 1950er Jahren angeblich assimilierten polnischen Minderheit konstruieren lässt. Oftmals gilt der Grundsatz, dass eine organisierte Minderheit -neben den anderen gruppenbezogenen subjektiven und objektiven Merkmalen -seit mindestens 100 Jahren in dem betreffenden Staat gelebt haben muss, um als traditionelle Gruppe anerkannt zu werden. Dies ist u.a. in Ungarn und de facto in Schweden der Fall. Oder die Minderheit muss aufgrund von Grenzverschiebungen entstanden sein.

Dennoch ist festzustellen, dass eine eindeutige Definition schwer fällt. International gibt es keine allgemein anerkannte Idealdefinition des Begriffes Minderheit. Allerdings haben viele europäische Staaten, in denen Minderheiten leben, Realdefinitionen vorgenommen. D.h. sie haben eine oder mehrere Gruppen als nationale Minderheiten innerhalb ihrer Domäne identifiziert. Diese stimmen nicht unbedingt mit Beobachtungen und Kategorisierungen von außen überein. Deshalb gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede in der Auflistung dieser Gruppen, da ihre Zuordnung jeweils auf Kriterien basiert, die nicht unbedingt von der Gruppe selber oder vom Staat, in dem die Gruppe ansässig ist, geteilt werden. So muss auch zwischen de jure und de facto Minderheiten unterschieden werden. Manchmal werden Migranten hinzugezählt, manchmal nicht. Im Falle der Russen in Estland oder Lettland wird z. B. in Deutschland oftmals ohne Zö-

gern von jeweils einer (vereinzelt auch differenzierend von mehreren) nationalen Minderheit gesprochen, während in der Bundesrepublik selber dieser Begriff nie auf Türken oder weitere Migrantenminoritäten Verwendung findet, obgleich die Gruppen jeweils nach 1945 eingewandert sind. Manche Wissenschaftler definieren regionale Gruppen als Minderheiten, andere nicht. Wieder andere Forscher definieren Gruppen mit Autonomie als Minderheiten, während andere dies nicht tun. Die Staaten haben zum Teil andere Definitionen, die aus unterschiedlichen nationalen, kulturellen oder politischen Interessenlagen heraus Minderheiten unterschiedlich definieren. Beispielsweise kann in Estland die Gruppe der Setu, die am Peipsi-See beiderseits der heutigen estnisch-russischen Grenze anzutreffen ist, sowohl als nationale Minderheit wie als estnische Gruppe aufgefasst werden, die in Estland eine regionale Erscheinung, aber in Russland eine nationale estnische Minderheit bildet.

In einem im Jahre 2000 herausgegebenen Handbuch über Volksgruppen in Europa wird festgestellt, dass es derzeit in Europa „bereits 300 größere oder kleinere Minderheiten mit zusammen mindestens 103 Mio Angehörigen, was etwa einem Siebtel der Europäer entspricht!“ gibt.² Die genaue Zahl wird auf 307 Volksgruppen mit 103,292 Mio. Angehörigen geschätzt. Dennoch ist auch diese - vordergründig betrachtet - exakte Zusammenstellung unvollständig und nicht immer zutreffend in der Einschätzung: Einerseits werden zum Teil Gruppen angeführt, die als Minderheit nicht anerkannt sind und auch keinen entsprechenden Status anstreben. Dies ist der Fall hinsichtlich der Grönländer und Färingier in Dänemark. Andererseits werden unvollständige Auflistungen über Minderheiten in den jeweiligen Staaten geboten. So werden in Norwegen lediglich die Samen und Kveni als Minderheiten/Volksgruppen angeführt, obwohl es hier - wie unten dargelegt wird - weitere anerkannte nationale Minderheiten gibt.

Dies zeigt und unterstreicht, wie schwierig, vielleicht sogar unmöglich es ist, einen Gesamtüberblick zu erstellen. Stets besteht bei aller Sorgfalt die Gefahr, Gruppen zu übersehen oder falsch zu kategorisieren. Hinzu kommt als erschwerender Faktor, dass sich in den letzten Jahren die Minoritätenlandschaft in

ganz Europa verändert hat. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen: So haben westeuropäische Staaten zum Teil neue Gruppen als nationale Minderheiten anerkannt. Dabei wird allerdings jeweils auf staatlicher Ebene ohne internationale Koordination vorgegangen und manchmal mit dem Ergebnis, dass eine Teilgruppe in einem Staat als nationale Minderheit anerkannt wird, während sie im Nachbarland keinen entsprechenden Status erhalten hat. Außerdem wächst offensichtlich die Bereitschaft, sich als Angehöriger einer nationalen Minderheit zu identifizieren und Rechte (evtl. auch positive Diskrimination und Vorzugsbehandlung) einzufordern.³ Dadurch kann der Eindruck entstehen, dass ständig „neue“ alte Minderheiten hinzukommen. Dieser Prozess erklärt sich allerdings auch dadurch, dass der zeitgeschichtlich gegebene Assimilations- und Unterdrückungsdruck - der u.a. unter der Parole der nationalen Homogenisierung und Vereinheitlichung der Gesellschaften mit unterschiedlichen ideologischen Ansätzen ausgeübt und teils mit administrativer und/oder umfassender physischer Gewalt erzwungen wurde - zurückgegangen ist und gegenwärtig international der Problematik nationaler Minderheiten große Beachtung zukommt. Dabei spielt die Osterweiterung der europäischen Organisationen eine wichtige Rolle, da sowohl die EU und der Europarat als auch die NATO u.a. die Verbriefung der Minderheitenrechte als Aufnahmekriterium definiert haben. Im Rahmen des Europarates und der OSZE sind zudem mehrere weitreichende Minderheitenvereinbarungen seit 1990 geschlossen worden.⁴ Auch liberale und inklusive minderheitenpolitische Ansätze tragen dazu verstärkt bei. Die „neuen“ Minderheiten sind somit nicht neu, sondern finden erst jetzt die Möglichkeit, den Bedarf und vielleicht auch das Interesse, sich als Minorität zu manifestieren. Allerdings gibt es auch andere Fälle, wo regional verankerte Bewegungen sich heute - zum Teil mit tatkräftiger Unterstützung von Intellektuellen - als eigenständige Nationalitäten konstituieren.⁵ Kurzum: Der Begriff der nationalen Minderheit ist mannigfaltig, mehrdeutig, komplex, multidimensional, situations- und kontextbezogen sowie zum Teil diffus. Dennoch gibt es diese Gruppen sehr wohl, egal ob sie nun vom Staat, in dem sie leben, anerkannt werden oder nicht. Sie sind

ein Faktum. Die Minoritäten sind gesellschaftliche Phänomene, die innerhalb der letzten 10-15 Jahre in ganz Europa an Aufmerksamkeit und an vielen Orten an erheblicher Brisanz gewonnen haben. Eine Vielzahl von Wissenschaftlern in Europa und Übersee erforschen gegenwärtig diese nationale und kulturelle Vielfalt. Selbst ein kurzer Blick auf die dazu erschienenen wissenschaftlichen, geschweige populären Arbeiten verbietet sich, da die Masse der relevanten Veröffentlichungen mittlerweile kaum noch zu überschauen ist.⁶

Im deutsch-dänischen Grenzland ist die Minoritätenlandschaft seit Jahrzehnten stabil und durch ein- sowie gegenseitige Anerkennung der nationalen Minderheiten gekennzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland und Dänemark haben jeder für sich eine explizite Definition „ihrer“ Minderheiten im eigenen Land vorgenommen:

In *Dänemark* bilden die ca. 12-15.000 (manche Schätzungen sprechen von 20.000) Deutschen in Nordschleswig (Sønderjyllands Amt) die einzige anerkannte nationale Minderheit. Dies ist in den letzten Jahren auch international durch die dänische Ratifizierung der Instrumente des Europarates zum Schutze nationaler Minderheiten und Minderheitensprachen abgesichert worden. Die Färingier und Grönländer sind keine nationalen Minderheiten und streben auch keinen derartigen Status an. Seitens der in Dänemark hauptsächlich in und um Helsingør am Orsund ansässigen Roma gibt es den Wunsch nach Anerkennung als nationale Minderheit; da sie jedoch nicht die Kriterien der dänischen Staatsangehörigkeit und der historischen Zugehörigkeit erfüllen, sondern erst in den Jahrzehnten nach 1965 eingewandert sind, wird dieser Wunsch unerfüllt bleiben.⁷ Das Bekenntnis zur deutschen Minderheit ist laut Kopenhagener Erklärung aus dem Jahre 1955 frei und darf nicht von Amts wegen bestritten oder überprüft werden. Im dänischen Grundgesetz gibt es keinen expliziten Minderheitenschutzartikel.

In der *Bundesrepublik Deutschland* gibt es vier anerkannte traditionelle Minderheiten:

- ca. 50.000 Dänen in Südschleswig (Schleswig-Holstein),
- ca. 52-62.000 Friesen in Schleswig-Holstein (50-60.000, davon ca. 10.000 Friesischsprechende und 20.000 mit passi-

ver Sprachkompetenz) und Niedersachsen (ca. 2.000 im Saterland),

- ca. 60.000 Sorben in Brandenburg und Sachsen sowie
- bis zu 70.000 Roma und Sinti deutscher Staatsangehörigkeit, die über das ganze Bundesgebiet anzutreffen sind.⁸

Dabei definiert die Bundesrepublik eine nationale Minderheit als eine Gruppe in der Bevölkerung, die fünf Kriterien entspricht:

1. Ihre Angehörigen sind deutsche Staatsangehörige.
2. Sie unterscheiden sich vom Mehrheitsvolk durch eine eigene Sprache, Kultur und eine Geschichte, haben also eine eigene Identität.
3. Sie wollen diese Identität bewahren.
4. Sie sind traditionell in Deutschland heimisch.
5. Sie leben hier in angestammten Siedlungsgebieten.⁹

Dies trifft laut Bewertung der Bundesregierung auf die vier angeführten Gruppen zu.¹⁰ Weitere nationale Minderheiten werden in Deutschland heute nicht anerkannt. Dies ist auch der Fall bei den Polen, obwohl es bis in die 1950er Jahre eine anerkannte polnische nationale Minderheit in der Bundesrepublik gab. In jedem Falle gilt, dass die individuelle, subjektive Identifikation entscheidend für die Zugehörigkeit zur jeweiligen Minderheit ist - insofern sie deutsche Staatsangehörige sind. Im Fall der dänischen Minderheit ist dies in der Bonner Erklärung aus dem Jahre 1955 zugesichert. Der Status der Minderheiten ergibt sich zudem aus Landesverfassungen und Gesetzen sowie aus der bundesdeutschen Ratifizierung der Minderheitenabkommen des Europarats.¹¹ Auf Bundesebene ist eine Verankerung der Minderheitenrechte im Grundgesetz trotz mehrfacher Einforderungen durch die vier traditionellen Minderheiten jedoch noch nicht vorgenommen worden.

Minderheiten in Skandinavien

Auch in Skandinavien finden sich zahlreiche nationale Minderheiten, die ein integraler Bestandteil der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Region sind. Dies wird vielen Urlaubern zum Teil bekannt sein, wenn sie während einer Nordkappreise in

Nordskandinavien pittoreske traditionell gekleidete Samen mit oder ohne Rentiere angetroffen oder in Finnland die offizielle Zweisprachigkeit Finnisch- Schwedisch mit Interesse wahrgenommen haben. Dass es allerdings neben diesen bekannten Gruppen noch eine Reihe weiterer nationaler Minderheiten in Norwegen, Schweden und Finnland gibt, mag hingegen überraschen. Insgesamt gibt es derzeit in diesen Ländern 17 offiziell anerkannte Minderheiten mit insgesamt ca. 685.000 bis zu einer Million Angehörigen.¹²

Diese Minderheiten waren jedoch nicht immer als solche anerkannt. Erst innerhalb der letzten 5-10 Jahre sind eine Reihe skandinavischer Gruppen als nationale Minderheiten seitens der drei Staaten anerkannt worden. Dies stellte eine weitreichende Umkehr in der bisher praktizierten Politik dar. Insbesondere Norwegen und Schweden haben sich traditionell von Politikan-sätzen bedient, die auf nationale Homogenisierung und Assimilation abzielten. Minderheiten wurden bestenfalls ignoriert, schlimmstenfalls unterdrückt und Opfer von Eingriffen in ihre Lebensweise. In beiden Ländern setzte die nationale Integrations- und Homogenisierungspolitik um 1880 ein. Dies hat sich erst prinzipiell in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geändert. Somit haben die Minderheiten heute einen Status erhalten, der ihnen bisher vorenthalten wurde. In manchen Fällen haben die drei nordischen Länder sogar Gruppen als nationale Minderheiten anerkannt, die in anderen westlichen Staaten entweder gar nicht oder als religiöse Minoritäten anerkannt werden. Im Folgenden werden kurz diejenigen Gruppen vorgestellt, die heute den Rang anerkannter nationaler Minderheiten in Norwegen, Schweden und Finnland haben. Dabei wird jeweils eine kurze Charakteristik der Gruppe vorgenommen.

Norwegen

Im Königreich Norwegen finden sich heute sechs anerkannte nationale Minderheiten:

- Samen
- Kveni
- Taten/Romani

- Roma
- Skogfinnen
- Juden.

Diese Minderheiten haben insgesamt ca. 80-100.000 Angehörige, was ca. 1-2 Prozent der Gesamtbevölkerung Norwegens entspricht. Als Angehörige werden diejenigen Personen verstanden, die sich selber als der jeweiligen Gruppe zugehörig fühlen. Die Zahlenangaben sind deshalb nicht gleichzusetzen mit etwaigen Sprechern der Minderheitensprache oder mit der Gesamtsumme derer, die eine Zugehörigkeit in Anspruch nehmen könnten.

Von diesen Gruppen ist lediglich die Minderheit der Samen allgemein bekannt, während die Existenz der anderen Minderheiten auch in Norwegen kaum wahrgenommen wird. Außerdem werden *Samisch*, *Kvenisch/Finnisch*, *Romani und Romanes* als Minderheitensprachen anerkannt. Allerdings wünschen the Romanes- sprecher (Roma) keine offizielle Politik für ihre Sprache. Die Romanisprecher sind zwar über den Verlust ihrer Sprache beunruhigt, wünschen aber ebenfalls keine Sprachpflege einschließlich linguistischer Studien von Personen außerhalb ihrer Gruppe. Bei den Kveni herrscht Uneinigkeit darüber, inwiefern Kvenisch als eigenständige Sprache gelten soll oder als finnischer Dialekt bezeichnet werden muss. Dabei wird auch überlegt, ob Kvenisch gemeinsam mit der in Schweden gesprochenen Tornedalfinnischen Sprache *Meänkieli* als eine Sprache aufgefasst werden sollte, die sich von Finnisch unterscheidet. Die traditionelle Sprache der Juden, *Jiddisch*, wird heute nur von wenigen Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft in Norwegen gesprochen. Einige Hundert sprechen Neuhebräisch, während der weitaus größte Teil Norwegisch als primäre Sprache verwendet. Deshalb sind die Juden lediglich eine nationale, aber nicht zugleich auch eine sprachliche Minderheit in Norwegen. In Norwegen leben ca. 50-80.000 *Samen*. Davon sprechen vermutlich 25.000 einen der samischen Dialekte, die in Norwegen gesprochen werden. Sie bilden gemeinsam mit den Samen in Schweden, Finnland und Russland die Urbevölkerung auf der Nordkalotte, insgesamt gibt es neun verschiedene Dialekte. Genauere Zahlen liegen nicht vor, da - wie auch im deutsch-

dänischen Grenzland - in Norwegen die nationale Zugehörigkeit nicht von den Behörden registriert wird. Auch hier gilt der Grundsatz: „Minderheit ist, wer will.“ Allerdings muss pointiert werden, dass die norwegischen Samen sich nicht als nationale Minorität, sondern explizit als Urbevölkerung auffassen, obgleich sie de facto als nationale Minderheit bezeichnet werden.

Während somit die Gesamtzahl der Samen nur grob und mit einer großen Variationsbreite geschätzt werden kann, ist hingegen genau bekannt, wie viele Samen sich an der politischen Selbstbestimmung der Samen in Norwegen beteiligen. In Norwegen - wie auch in den Nachbarländern Schweden und Finnland - verfügen die Samen über eine Selbstverwaltung in Gestalt des *Sameting (Sametliggi)*, d.h. eine parlamentarische Versammlung der Samen. Das Ting wird parallel und zeitgleich mit den Kommunalwahlen alle vier Jahre gewählt, zuletzt im September 2001. In der norwegischen Gesetzgebung über das Sameting wird festgestellt, dass nur diejenigen Personen ihre Stimme bei der Wahl zu dieser Versammlung abgeben dürfen, die in der sogenannten *Samemandtal* (Samenmannzahl) registriert sind. Dies ist ein Wählerregister, dass von den Behörden aufgrund einer Eigendefinition in Übereinstimmung mit dem Gesetz geführt wird. Obwohl die Zugehörigkeit zu einer Minderheit eine individuelle Angelegenheit ist, stellte sich bei der Ausarbeitung des Sameting-Gesetzes die Frage, wer über das Stimmrecht verfügen sollte und wer nicht. Ein extensive Auslegung des voluntaristischen Eigenidentifikationsprinzips wäre unmöglich zu praktizieren. Eine Definition des Wählervolkes der Samen war allerdings unumgänglich, um sicherzustellen, dass neben Samen nicht weitere Norweger oder andere Minderheiten sich bei der Wahl der Versammlung beteiligen und somit die Zusammensetzung des Sametings beeinflussen würden. Laut Gesetz dürfen deshalb nur diejenigen Personen ins Samenregister aufgenommen werden, die mindestens eines von drei Kriterien erfüllen. Nur diejenigen werden registriert, die

1. Samisch als Haussprache haben - oder
2. ein Eltern-, Großeltern- oder Urgroßelternanteil haben, das zu Hause Samisch gesprochen hat - oder
3. Kind einer Person sind, die im Samemandtal registriert ist.

Da das Samemandtal von den Behörden geführt wird, lässt sich genau feststellen, wie viele Samen sich dort haben registrieren lassen, um an den Sametingwahlen teilnehmen zu können. Da nur mündige Personen über 18 Jahre das Wahlrecht für das Sameting besitzen, kann festgestellt werden, dass die Gesamtzahl der Samen höher als die im Samemandtal registrierten Personen ist. Außerdem muss pointiert werden, dass nur ein kleiner Teil der Samen sich um eine Aufnahme in das Register beworben haben. Bei der letzten Sametingswahl im September 2001 waren somit lediglich 10.000 Personen im Samemandtal registriert. Dies waren jedoch erheblich mehr als bei den drei vorhergegangenen Wahlen 1997, 1993 und 1989, als sich 8.700, 7.200 bzw. 5.500 Samen registrieren ließen.

Die Samen sind historisch auch in Norwegen diskriminiert und unterdrückt worden. Dies kann ein Grund dafür gewesen sein, dass viele Samen sich nicht registrieren lassen wollten. In den letzten Jahrzehnten haben die norwegischen Behörden jedoch eine Reihe positiver politischer und konkreter Schritte unternommen, die zu einer erheblichen Verbesserung der Lage der Samen geführt hat. Im Juni 1987 beschloss das norwegische Parlament ein Samengesetz, in dem u.a. die Einrichtung des Sameting festgelegt wurde. Das Ting nahm 1989 seine Arbeit auf. 1992 wurde ein samisches Theater mit staatlicher Förderung gegründet. Im norwegischen Grundgesetz wird im Artikel 110 A explizit auf die Sami eingegangen. Er verpflichtet die Behörden dazu, dafür Sorge zu tragen, dass die Samen ihre Sprache, Kultur sowie Lebensweise erhalten und entwickeln können. Damit wurde die rechtliche Grundlage für den Schutz der samischen Kultur auf höchster Ebene verankert.

Samisch in den vier in Norwegen gesprochenen Dialekten *Nordsami*, *Südsami*, *Lule Sami* und *Ostscimi* ist neben den beiden norwegischen Dialekten *Nynorsk* und *Bokmål* als offizielle Staatssprache anerkannt. Dies wurde auch in der Neufassung des Samengesetzes, das 1992 in Kraft trat, hervorgehoben: Sami und Norwegisch sind gleichwertige Sprachen und sollen den gleichen Rang einnehmen. Um dies zu gewährleisten, wurde 1992 ein Verwaltungsgebiet für samische Sprache geschaffen, das fünf Großgemeinden in Nordnorwegen umfasst.

Hier greifen die Bestimmungen der Sprachregeln konkret. Die Samen haben somit das Recht, ihre Sprache im Verkehr mit den Behörden zu verwenden. Dies bezieht sich sowohl auf Anfragen als auch auf Antworten seitens der Behörden. Außerdem garantiert das Gesetz das Recht auf Unterricht in Samisch. Samen können zudem kirchliche Handlungen im Rahmen der norwegischen Staatskirche in dem samischen Sprachverwaltungsgebiet auf Samisch durchführen lassen. Dies bezieht sich u.a. auf Taufen, Trauungen, Konfirmation und Seelsorge.

Der norwegische König Harald hat 1999 in einer Rede an das Sameting die norwegische Politik gegenüber den Samen bedauert und dafür eine Entschuldigung ausgesprochen. Dies war ein wichtiger symbolischer Akt, der ein Zeichen der neuen inklusiven Minderheitenpolitik Norwegens setzen sollte. Zudem sind vielfach konkrete Förderprogramme für die Samen beschlossen worden. Dennoch ist feststellbar, dass die Bereitschaft zur offenen Registrierung in der Samemandtal bisher und gegenwärtig nur bei einer Minderheit der norwegischen Samen zu verzeichnen ist. Dies kann teils durch ein Misstrauen gegenüber den norwegischen Behörden und der Furcht vor Benachteiligung, teils durch den Wunsch nach völliger Integration erklärt werden. Ein weiteres Motiv ist Indifferenz hinsichtlich der politisch-kulturellen Selbstbestimmung im Rahmen des Sameting. Schließlich finden sich vermutlich auch bei den Samen in Norwegen Personen, die sich - analog zu Teilen der Friesen in Deutschland - zwar in kultureller und sprachlicher Hinsicht als Samen fühlen, deren nationale Identität hingegen norwegisch ist und die deshalb sich nicht als Samen registrieren lassen.

In der Region nördliches Troms und in Teilen der Finnmark lebt die Minderheit der *Kveni*. Diese Gruppe umfasst ca. 10-15.000 Personen, die überwiegend auf der Nordkalotte siedeln. Andere Schätzungen sprechen von 2-8.000, die heute noch Kvenisch/Finnisch sprechen. Die Kveni sind Nachfahren finnischsprachiger Migranten, die in mehreren Schüben seit dem Mittelalter und insbesondere im 18. und 19. Jahrhundert aus dem nördlichen Finnland sowie dem Tomedalen in Schweden nach Norwegen eingewandert sind. Auch die Kveni waren traditionell Objekt einer umfassenden Assimilationspolitik seitens der nor-

wegischen Behörden, die insbesondere im Zeitraum 1850-1950 von großer Aggressivität war und eine weitreichende Norwegisierung der Minderheiten bezweckte. Diese Politik beruhte zum Teil auf einem norwegischen Nationalismus und der damit verbundenen Zielsetzung der Homogenisierung der norwegischen Gesellschaft, die gleichwohl offiziell zwei Sprachen anerkannte: das Bokmål und das von einer kleineren Gruppe gesprochene Nynorsk. 1902 bestimmte ein Gesetz, dass nur Norwegisch-sprecher Land erwerben konnten. Dies richtete sich gegen die Kveni, die zu einer sprachlichen Assimilation gedrängt wurden. Hinzu kamen im Falle der Kveni in der Zwischenkriegszeit sicherheitspolitische Überlegungen. Norwegen hegte die Befürchtung einer besonderen „finnischen Gefahr“ gegen die staatliche Integrität im Norden des Landes: Finnland könnte sich der Existenz einer finnischsprachigen Minderheit bedienen, um territoriale Gebietsgewinne und einen Zugang zum eisfreien Nordmeer einzufordern. Parallel spielte die absurde, aber dennoch gehegte Vorstellung einer möglichen illoyalen „Fünften Kolonne“ in diesem Zusammenhang auch eine Rolle. Diese Vorstellungen förderten eine negative, assimilatorische Politik gegenüber den Kveni.

Im Jahre 1936 wurde Finnisch aus den Lehrplänen der Schulen getilgt, erst 1970 konnte es wieder als Wahlfach von kvenischen Schülern studiert werden. Die Kveni gründeten erst in den 1980ern eigene Vereinigungen, wobei die Inspiration auch aus dem schwedischen Tornedalen herrührte. Im Jahre 1987 wurde der Verband norwegischer Kveni: *Norske Kveners Forbund* gegründet, der 1998 bereits ca. 800 Mitglieder hatte. 1996 wurde Finnisch offiziell als Zweitsprache in Gebieten mit kvenischer Bevölkerung anerkannt. Hier wird nunmehr Finnisch als Zweitsprache in den Grundschulen angeboten. Im Jahre 2001 begannen die ersten Versuche mit kvenischen Kindergärten. Die norwegische Namensgesetzgebung stellt heute samische, finnisch/kvenische und norwegische Ortsnamen gleich. Somit kann heute von erheblichen Fortschritten zugunsten der Kveni, ihrer Sprache, Kultur sowie der Erforschung ihrer Geschichte gesprochen werden.

Im östlichen Teil Südnorwegens, an der Grenze zu Schweden,

lebt die Minderheit der *Skog- oder Waldfinnen*. Heute sind noch geschätzte 100-300 Skogfinnen übrig. Ihre Geschichte reicht bis ins ausgehende Mittelalter zurück, als im 16. Jahrhundert Finnen aus dem heutigen Finnland in diesen Teil Skandinaviens erwanderten und beiderseits der heutigen norwegisch-schwedischen Grenze sesshaft wurden. Die Kultur der Skogfinnen entstand um ihre traditionelle Schwendwirtschaft (Rodungswirtschaft). Obwohl ursprünglich finnischsprachig, verlor die finnische Sprache nach und nach ihre Bedeutung bei den Skogfinnen. Das Bewusstsein einer besonderen skogfinnischen Identität wurde ebenfalls schwächer und ist heute nur noch bei wenigen Hundert Personen feststellbar.

Wie auch die Kveni sind die Skogfinnen heute als nationale Minderheit in Norwegen anerkannt wegen ihrer jahrhundertelangen Verbindung zum Land. Die norwegischen Skogfinnen bemühen sich dieser Jahre um die Wiederherstellung ihrer eigenständigen Kultur und kooperieren dabei sowohl mit Skogfinnen in ihrem historischen Ursprungsgebiet in Finnland als auch mit Skogfinnen im Nachbarland Schweden. Allerdings identifizieren weder die Skogfinnen noch die Kveni sich mit Finnland als ihrem „Mutterland“. Umgekehrt betrachtet Finnland die beiden Gruppen nicht als „seine“ Minderheiten in Norwegen. Die Kveni und Skogfinnen sind nationale Minderheiten in Norwegen ohne Mutterland. Somit sind diese beiden finnischsprachigen Minderheiten ein Beispiel dafür, dass Relationen zwischen Minderheiten und Staaten gleicher Sprache oder Kultur vieldeutiger Art sind. Entgegen allgemein verbreiteter Annahme ist eine Minderheit-Mutterland-Relation nicht immer zwingend gegeben. Ursprüngliche oder historische und sprachlich-kulturelle Bindungen können an Bedeutung verlieren. Die kulturell und sprachlich bedingte Identifikation mit einem Staat ist auch bei nationalen Minderheiten keine Notwendigkeit, sondern wird durch eine gegenseitige aktive Anerkennung einer besonderen Relation definiert. Bei diesen beiden finnischsprachigen Gruppen ist dies im Verhältnis zu Finnland nicht der Fall.

In Norwegen bildet ferner das Volk der *Romani*, auch Taten oder Reisende genannt, eine anerkannte nationale Minderheit. Die Romani sind in Skandinavien auch unter den traditionellen

Bezeichnungen Streuner und Fanten bekannt. Historisch gab es diese Gruppe beispielsweise auch in Dänemark. Dort ist sie aber in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts assimiliert worden. Der Ursprung der Romani als Gruppe gesehen ist unklar. Sie besitzen allerdings eine eigenständige Sprache (Romani), eine gemeinsame Geschichte und üben traditionelle Gewerbe aus. Die Romani zählen heute ca. 2-3.000 Personen. Sie dürfen nicht mit den *Roma* verwechselt werden. Die norwegischen Roma stammen nämlich aus Rumänien, wovon sie im 19. Jahrhundert nach Norwegen auswanderten. Die Roma haben dort ihre gemeinsamen Charakteristika erhalten. Es wird geschätzt, dass heute weniger als 400 Roma in Norwegen als nationale Minderheit beheimatet sind, davon der größte Teil in und um die Hauptstadt Oslo.

In Norwegen wird zwischen Romani und Roma unterschieden, während in Schweden und Finnland beide Gruppen als Angehörige einer Minderheit aufgefasst werden. Dies erklärt sich durch die nomadisierende Lebensweise der beiden Gruppen sowie andere gemeinsame Charakteristika. Somit gibt es also auch in Skandinavien unterschiedliche Auffassungen der Ethnizität (und somit auch der Ethnogenese) der beiden Gruppen. Allerdings wurde früher bei der Diskriminierung kein Unterschied gemacht: In Norwegen wurden sowohl Romani wie Roma Gegenstand staatlicher Übergriffe und Willkür. Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Romani als „Fanten“ bezeichnet, die von Ort zu Ort zogen. Die Behörden versuchten, die umherziehende Lebensweise zu hindern, u.a. indem Gesetze gegen das „Streunerwesen“ beschlossen wurden. Außerdem wurde eine Mission unter den Romani tätig.

Im Jahre 1897 wurde die Vereinigung zur Bekämpfung des „Streunerwesens“ gegründet. 1935 wurde sie in Norwegische Mission bei den Obdachlosen umbenannt. Die Mission arbeitete mit dem Wohlwollen der Behörden und konnte Zwangsmaßnahmen durchführen. Die Mission entfernte u.a. Kinder aus Romanifamilien. Schätzungen sprechen von ca. 1.500 Kindern im Laufe mehrerer Jahrzehnte. Die Kinder wurden aus den Familien entfernt, um eine vollständige Assimilierung zu ermöglichen. Allerdings wurden ein Teil von ihnen konkret in psychiat-

rischen Kliniken untergebracht. Als in Norwegen 1934 ein Gesetz über Sterilisation beschlossen wurde, mussten die Romani auch unter diesem neuen gesellschaftspolitischen Instrument leiden. Romanifrauen waren unter denjenigen Frauen, die bis Anfang der 1970er freiwillig oder aufgrund von Zwang sterilisiert wurden, stark überrepräsentiert. Erst im Zuge der vergangenen 25 Jahre wurde die norwegische Romanipolitik grundlegend revidiert. Im Jahre 1998 bedauerte und entschuldigte sich die norwegische Regionalministerin, in deren Ressort auch nationale Minderheiten und Samen fallen, für die Übergriffe der Behörden. Heute werden Romani für die erlittenen Übergriffe finanziell entschädigt. Im Zuge der konkreten Umsetzung der neuen norwegischen Minderheitenpolitik wird ihre Kultur gesondert gefördert.

Schließlich hat Norwegen neuerdings auch die *Juden* als nationale Minderheit anerkannt. Dieser Schritt ist von gesamteuropäischer Bedeutung. In einem westeuropäischen Kontext sind die Juden bisher überall als religiöse, aber kaum als nationale Minorität aufgefasst worden. In Mittel- und Osteuropa sind Juden hingegen traditionell auch als nationale Minderheit aufgefasst worden. In Westeuropa haben neben Norwegen bisher nur Schweden und Finnland sie als nationale Minderheit definiert. In Dänemark wünschen die dortigen Juden gegenwärtig keine der gleiche Anerkennung.

Norwegen sieht weiterhin die ca. 1.500-2.000 Juden als primär religiöse Gruppe. Allerdings hat die Regierung in Oslo den Ansatz erweitert: Die Juden werden außerdem als eine Gruppe definiert, die eigenständige kulturelle Charakteristika besitzen, die sie auch nach einer langen historischen Zugehörigkeit zu Norwegen erhalten haben. Wie im Falle der anderen Minoritäten ist auch die Anerkennung der Juden als nationale Minderheit auf den ausdrücklichen Wunsch der Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft hin geschehen und bezieht sich lediglich auf diejenigen, die einen Status als nationale Minorität für sich in Anspruch nehmen wollen. Der Großteil der jüdischen Gemeinschaft Norwegens wurde während der deutschen Besatzung des Landes 1940-1945 ermordet. Insgesamt wurden 767 Juden in nationalsozialistische Konzentrationslager verschleppt. Davon wurden

750 ermordet, 250 Familien wurden ausgelöscht. Weitere 1.300 norwegische Juden flüchteten während des Krieges nach Schweden. Nach Kriegsende kehrte ein Teil wieder nach Norwegen zurück, so dass im Jahre 1946 wieder eine Gemeinschaft von 559 Juden im Lande lebte. Heute ist die jüdische Gemeinschaft wieder so groß wie vor 60 Jahren. Im Jahre 1999 entschloss sich die norwegische Regierung dazu, die Juden für ihre großen Verluste während der deutschen Besatzung des Landes zu entschädigen.

In Norwegen nimmt die Minderheitenpolitik somit heute einen wichtigen Rang ein. Das norwegische Parlament diskutiert regelmäßig die Lage und Fortschritte auf dem Gebiet der Samen- und Minderheitenpolitik. Dies geschieht auch auf der Grundlage von Samen- bzw. Minderheitenberichten, die von der Regierung vorgelegt werden. Im norwegischen Regionalministerium gibt es eine Abteilung, die sich ausschließlich mit samischen bzw. Minderheitenfragen beschäftigt. Im Rahmen des Staatshaushaltes werden institutionelle Förderungen sowie Projektmittel für diese Politikbereiche bereitgestellt. Über die interne Minderheitenpolitik wird ebenfalls international berichtet. Dies geschieht vor allem in den periodischen Berichten an den Europarat über die Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten sowie der Sprachencharta.

Schweden

Im Königreich Schweden werden heute fünf Gruppen als nationale Minderheiten anerkannt:

- Samen
- Schwedenfinnen
- Tomedalfinnen
- Roma
- Juden.

Außerdem gibt es in Schweden fünf anerkannte Minderheitensprachen:

- Sami (mehrere Dialekte)
- Finnisch
- Meänkieli (im Tomedalen)

- Romany chib (in mehreren Varianten)
- Jiddisch.

Allerdings sind nur *Sami, Finnisch und Meänkieli* von umfassender Förderung auf dem Gebiete des Unterrichts und der Medien umfasst. Offiziellen Schätzungen zufolge haben die fünf nationalen Minderheiten insgesamt ca. 300-475.000 Angehörige. Einige Schätzungen sprechen jedoch von bis zu 575.000 Personen. Der Gesamtanteil der nationalen Minderheiten an der Bevölkerung des ganzen Landes beträgt dabei zwischen 3,5 und 6,5 Prozent.

Wie Norwegen hat auch Schweden in den letzten Jahren eine Minoritätenpolitik definiert. Damit wurde explizit festgelegt, welcher Ziele und Methoden die schwedische Politik für Minderheiten sich bedienen soll. Grundlage für die Annahme der neuen Politik war eine vorhergehende Kommissionsarbeit, die ergründen sollte, welche Gruppen als nationale Minderheiten anerkannt werden sollten und welche Konsequenzen die Ratifizierung der Minderheiteninstrumente des Europarates haben würde. Dies führte im Dezember 1999 zur Annahme eines Minderheitengesetzes, das im April 2000 in Kraft trat. Darin werden Grundprinzipien festgelegt. Außerdem ist die konkrete Umsetzung der Minderheitenpolitik anhand von weiteren Gesetzen und Erlassen vollzogen worden.

In Schweden wird eine Anerkennung als nationale Minderheit heute aufgrund des neuen Minderheitengesetzes von der Erfüllung gewisser Kriterien abhängig gemacht. Danach wird eine nationale Minderheit durch diese Faktoren charakterisiert:

1. Sie besitzen eine klare Zusammengehörigkeit und sind hinsichtlich ihrer numerischen Größe in einer nicht-dominierenden Position in der Gesellschaft. Die Abgrenzung der Gruppe kann nicht ausschließlich anhand des numerischen Umfanges der Gruppe unternommen werden, da auch die Struktur und Einheit der Gruppe eine Rolle spielen.
2. Religiöse, sprachliche, traditionelle und/oder kulturelle Zugehörigkeit. Lediglich eines dieser Merkmale muss vorhanden sein, aber die Charakteristika der Gruppe müssen sich grundlegend von jenen der Majorität unterscheiden.

3. Selbstidentifikation. Der Einzelne sowie die Gruppe sollten den Wunsch und den Anspruch haben, ihre Identität zu bewahren.
4. Historische oder langwierige Verbindungen mit Schweden. Dabei kann jedoch keine Minimumzugehörigkeit festgelegt werden. Allerdings erfüllen Minderheiten, deren Kultur in Schweden vor dem 20. Jahrhundert existierte, die Anforderung an eine historische oder langwierige Verbindung. Damit wird also ein Minimum von 100 Jahren definiert. Später hinzu gekommene Migrantengruppen stellen hingegen keine nationalen Minderheiten in Schweden dar.

Die *Samen* bilden auch in Schweden die Urbevölkerung im nördlichen Teil des Landes. Im Jahre 1977 wurden sie offiziell als Urbevölkerung anerkannt. Ihre genaue Zahl ist unbekannt, da wie auch in Norwegen und Dänemark die Zugehörigkeit zu einer Minderheit bzw. einer Minderheitensprache nicht registriert wird. Allerdings sprechen Schätzungen von 15-20.000 Personen. Auch die schwedischen Samen verfügen über ein Same-ting, das 1992 errichtet wurde. Es ist zugleich ein direkt gewähltes Parlament und eine Verwaltungsbehörde, die für die Verteilung staatlicher Mittel für samische Arbeit verantwortlich ist. Schließlich verwaltet das schwedische Same-ting auch das Interreg-Programm Sameland, das von der Europäischen Union gefördert wird.

Im schwedischen Samengesetz wird ein Same als eine Person definiert, die

1. sich selbst als Same identifiziert - und
2. Samisch als Haussprache spricht bzw. gesprochen hat – oder
3. deren Eltern oder Großeltern Samisch als Haussprache gesprochen haben sowie
4. sich selbst als Same auffasst und einen Elternteil hat, der im Wählerverzeichnis zum Same-ting registriert ist.

Damit wird - wie auch in Norwegen - eine zusätzliche Definition der Zugehörigkeit zur samischen Gruppe vorgenommen, wobei die Sprache sowie die subjektive Identifikation eine entscheidende Rolle spielen. Zwar muss ein Same, um sich an der Wahl

des Sametings beteiligen zu können, nicht unbedingt selber Samisc beherrschen; aber eine Sprachkompetenz zumindest vorhergegangener Generationen wird gefordert.

Die *Finnen* bilden die größte Minderheit Schwedens. Auch in diesem Falle liege genaue Zahlen über die Größe der Minderheit nicht vor. Schätzungen spreche von ca. 220-300.000 Personen. Dies entspricht ca. 4 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes. Andere Schätzungen sprechen hingegen von ca. 450.000 Schwedenfinnen oder ca. 5 Prozent der Bevölkerung Schwedens. Die Finnen könne zwar auf eine langwierige historische Präsenz in Schweden verweisen, die bis in Mittelalter zurückreicht; dennoch wurden sie erst vor 8 Jahren als eine Gruppe mit einem besonderen Status in Schweden anerkannt. Im Dezember 1994 fasste das Parlament in Stockholm den Entschluss, dass die Schwedenfinnen nicht länger als eine neben mehreren Migrantengruppen aufzufassen seien. Dies führt wiederum im Zuge der Neudefinition der schwedischen Minderheitenpolitik zu Anerkennung der Finnen als nationale Minderheit im Jahre 1999.

Wie erwähnt, reichen die historischen Wurzeln der Finnen weit zurück. Bis zur Jahre 1809 bildeten Schweden und Finnland über 600 Jahre lang ein Doppelreich in dem Schweden und Finnen migrierten. So entstand nach und nach durch Kolonisation die schwedische Bevölkerung Finnlands. Umgekehrt kamen Finnen aus unterschiedlichen Gründen nach Schweden. Im 16. Jahrhundert wurde Finnisch in Stockholm sowie im Mälertal gesprochen. Bereits 1533 wurde in Stockholm die finnische Gemeinde gegründet, die heute den Rang einer territorial ungebundenen Gemeinde innerhalb der Schwedischen Kirche besitzt.

Neben der kontinuierlichen Präsenz in Stockholm kamen die Finnen in mehrere Schüben nach Schweden. Bereits im 16. Jahrhundert kamen die *Skogfinnen* - die heute in Norwegen eine anerkannte, eigenständige nationale Minderheit sind aus dem Savolax-Gebiet und ließen sich in den Gebieten Dalarna, Värmland Medelpad, Hälsingland, Gästrikland und Ångermanland nieder. Wie auf der norwegischen Seite der Grenze lebten auch die Skogfinnen in Schweden von ihre traditionellen

Schwendwirtschaft. Die Anzahl der schwedischen Skogfinnen ist unbekannt. Sie sind im Rahmen der Gruppe der Schwedenfinnen als nationale Minorität anerkannt.

Später kamen weitere Schübe mit finnischen Migranten. Ein Teil assimilierte sich schnell. Ein Großteil der Finnen ist erst nach 1945, kulminierend um 1970, nach Schweden ausgewandert. Anhand der damaligen finnischen Staatsangehörigkeit lässt sich feststellen, um wie viele Migranten bzw. Nachfahren es sich handelt. Im Jahre 1994 zählte das schwedische statistische Zentralamt ca. 450.000 Finnen der ersten und zweiten Generation. Davon sprachen ungefähr die Hälfte noch Finnisch, während der Rest Schwedisch als Primärsprache nutzte. Im Gegensatz zu den anderen Migranten anderer Nationalität werden im Falle der Finnen alle als Teil der anerkannten Minderheit aufgefasst, ungeachtet des Einwanderungszeitpunktes. Somit ist alleine die historische Existenz einer finnischen Gruppe in Schweden entscheidend für die Anerkennung aller Finnen als dieser Minderheit zugehörig, falls sie es jeweils selber wünschen. Allerdings ist nicht eindeutig erwiesen, dass alle in Frage kommenden 450.000 Schwedenfinnen der ersten und zweiten Generation sich tatsächlich als Schwedenfinnen definieren. Ein Teil von ihnen hat sich sicherlich so weit assimiliert, dass eine Anerkennung als Minderheit für sie irrelevant oder undenkbar da kontraproduktiv im Verhältnis zu einer angestrebten Integration erscheint. Falls jedoch zutrifft, dass die 450.000 Personen zur schwedenfinnischen Minorität gerechnet werden müssten, wird diese konsequenterweise noch größer sein, da es ja auch traditionell ansässige Finnen in Schweden gibt.

Die Schwedenfinnen sind in einer Vielzahl von Verbänden und Vereinen organisiert. Einige wurden bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründet. Im Jahre 1957 wurde der *Sve-rigefinska Riksförbundet* als Dachorganisation gegründet. Im Mai 2001 wurde eine weitere Dachorganisation ins Leben gerufen: *Sverigefinländernes Delegation*, die als eine Art „Miniparlament“ der verschiedenen schwedenfinnischen Interessenvertretungen und der finnischsprachigen Teile der schwedischen Kirche konzipiert ist. Die Delegation ist heute das offizielle Sprachrohr der Schwedenfinnen nach außen und gegenüber

den schwedischen Behörden.

Neben den Schwedenfinnen hat Schweden eine weitere finnische Gruppe als nationale Minderheit anerkannt: die *Tornedalfinnen*. Sie sind wie auch die Samen die traditionelle Bevölkerung im nördlichen Schweden. Sie leben auf der schwedischen Seite des Flusses Torneälv, der seit 1809 die Grenze zu Finnland bildet. Damals wurde Finnland Teil Russlands, und die Grenze wurde entsprechend Vorstellungen einer „natürlichen“ Grenzziehung mitten im Fluss gezogen. Einzige Ausnahme war die Stadt Tornio, die am westlichen Flussufer gelegen ist, aber dennoch zu Finnland gehört. Mit der Grenzziehung wurden die Tornedalfinnen geteilt. Während der Fluss vor 1809 verbindend zwischen der Bevölkerung beiderseits des Elvs war, wurde er 1809 zu einer Grenze, die lange Zeit schwierig zu passieren war. Das Zusammengehörigkeitsgefühl überdauerte jedoch die von außen erzwungene Teilung des Kulturraumes.

Während des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem engen Kontakt: Nachdem Finnland 1944 sein Bündnis mit Deutschland gekündigt hatte, zog sich die Wehrmacht durch Lappland nach Norden zurück. Es kam zu Kämpfen zwischen finnischen und deutschen Truppen, aber die letzten deutschen Truppen verließen erst im April 1945 Nordfinnland. Dabei wurden große Landstriche systematisch zerstört und verbrannt, auch Ortschaften der finnischen Tornedaler. Sie suchten Zuflucht bei den Tornedalfinnen auf schwedischer Seite und mussten mit ansehen, wie ihre Häuser zerstört wurden. Diese Erfahrung förderte das Zusammengehörigkeitsgefühl der Tornedaler. Noch heute kann von einer tornedalfinnischen Kultur beiderseits des Flusses gesprochen werden. Es bestehen intensive Kontakte, die in den letzten Jahrzehnten im Rahmen einer weitgehenden grenzüberschreitenden Kooperation ausgebaut worden sind.

Da sich somit nach 1809 in Schweden eine finnischsprachige Minderheit konstituierte, entstand die Befürchtung, dass Russland dies als Begründung für territoriale Ansprüche ausnutzen würde. Aus diesen sicherheitspolitischen, aber auch aus nationalen Homogenisierungsmotiven heraus führte Schweden eine aktive Assimilationspolitik gegenüber der finnischsprachigen Minderheit. Finnischunterricht wurde verboten, und auch in

anderer Hinsicht wurden die Tornedalfinnen diskriminiert. In der Folge wurde die finnische Sprache nur noch inoffiziell und mündlich überliefert. Erst nach 1945 kam es zu einer allmählichen Liberalisierung der Politik. Wie auch im Falle der Schwedenfinnen dauerte dieser Prozess mehrere Jahrzehnte, bevor die Gruppe vollends als nationale Minderheit anerkannt wurden. 1970 wurde die Möglichkeit eines freiwilligen Finnischunterrichtes geschaffen. Erst im Dezember 1999 wurden die Tornedalfinnen in Verbindung mit der Annahme neuer Minderheitengesetze, die am 1.4.2000 in Kraft traten, als nationale Minorität anerkannt. Nunmehr werden koordiniert und verstärkt Fördermaßnahmen zugunsten aller Minderheiten seitens des Staates initiiert. So sind im nördlichen Schweden Gebiete als samische, finnische und tornedalfinnische Sprachgebiete definiert worden, wo die Minderheitensprache neben Schwedisch als Verwaltungssprache genutzt werden kann.

Heute wird geschätzt, dass noch ca. 25-35.000 Personen im schwedischen Teil des Tornedalen sich als Tornedalfinnen definieren. Hinzu kommen weitere ca. 10.000 in anderen Teilen Schwedens. Andre Schätzungen sprechen gar von insgesamt 50-60.000 Personen. Die Tornedalfinnen haben eine eigenständige Kultur und Sprache, die Meänkieli, d.h. „unsere Sprache“ genannt wird. Es wird geschätzt, dass heute ca. 40.000 Personen Meänkieli sprechen. Außerdem finden sich laut offizieller schwedischer Einschätzung noch Meänkieli-Sprecher in Finnland, Norwegen und Russland.¹³

Als Ende der 1990er Jahre die schwedische Minderheitensprachkommission darüber beriet, ob Tornedalfinnisch als eigenständige Sprache neben Finnisch anerkannt werden sollte, kam es zu kontroversen Diskussionen, die zum Teil noch heute andauern. Einige Sprachwissenschaftler sahen in dem Umstand, dass viele Begriffe und Wörter aus dem Schwedischen stammen, ein Argument dafür, dass Meänkieli eine eigenständige Sprache ist. Hinzu kommt, dass die meisten Begriffe, die sich auf die moderne Gesellschaft beziehen, schwedischen Ursprungs sind, während der Einfluss der finnischen Begriffe auf diesem Gebiet gering ist. Andere Sprachwissenschaftler fassen hingegen Meänkieli lediglich als Dialekt auf, wodurch keinerlei

Anspruch auf eine eigenständige Sprache abzuleiten ist. Dennoch entschlossen sich die Minderheitenkommission sowie der Gesetzgeber dafür, Meänkieli als eigenständige Minderheitensprache anzuerkennen. Damit wurde auch konkret auf die Bemühungen der Tornedalfinnen um einen solchen Status Bezug genommen. Seit den 1970er Jahren konnte nämlich im Tornedalen eine Revitalisierung der Sprache festgestellt werden, wie sie analog auch in anderen Minderheitengebieten Westeuropas feststellbar war. Im Jahre 1992 wurde das erste Wörterbuch auf Meänkieli herausgegeben, 1996 erschien eine Grammatik. Ein Sprachausschuss bemüht sich gegenwärtig darum, als Sprachnormierungsinstanz anerkannt zu werden, um somit die weitere Standardisierung der Sprache zu fördern und zu steuern. Bereits heute wird die Schriftsprache Meänkieli in vielen Zusammenhängen genutzt. Dadurch wird eine weitere Eigenständigkeit im Verhältnis zum Finnischen gefördert.

Dabei wird auch im schwedischen Tornedalen die Standardsprache Finnisch gesprochen. Neben den Tornedalfinnen sind nämlich mittlerweile auch Schwedenfinnen dort ansässig geworden, die wiederum Finnisch sprechen. Insgesamt handelt es sich um ca. 16.000 Personen, von denen ein Großteil ursprünglich aus Finnland nach Schweden eingewandert ist, die aber ihr Rentendasein nahe an der ursprünglichen Heimat erleben möchten. Diese Gruppe von Schwedenfinnen haben andere Interessen als die Tornedalfinnen und stellen zum Teil „härtere“ Forderungen als die Einheimischen. Die finnische Identität der Schwedenfinnen ist vorwiegend an Finnland orientiert, während die Tornedalfinnen nicht Finnland als Mutternation sehen.

Die Tornedalfinnen haben sich in den letzten 20 Jahren in mehreren Interessenverbänden organisiert. Im Jahre 1981 wurde der Dachverband *Svenska Tornedalingars Riksförbund - Tornionlaaksolaiset* gegründet. Initiatoren waren eine Gruppe junger Tornedalfinnen, die eine Stärkung der Sprache und eine Wahrnehmung der sprachlichen und kulturellen Belange der Gruppe einforderten. 1987 wurde zudem die *Tornedalens Akademi* gegründet, die eine Sicherung des kulturellen Erbes der Region bezweckt, u.a. durch Weiterbildung, Dokumentation und Forschung. Durch die Anerkennung als nationale Minderheit

wird die Arbeit für die tornedalfinnische Kultur vermutlich einen neuen Schub bekommen, der dazu beitragen wird, die eigenständigen Aspekte dieser finnischen Kultur gegenüber dem finnischen „Mainstream“ noch weiter zu akzentuieren. Somit kann die These gewagt werden, dass, falls es bisher keine ausreichende Begründung für die Anerkennung einer eigenständigen finnischen Minorität und separaten Sprache in diesem Teil Schwedens gab, es vermutlich zukünftig keinen Zweifel an der Legitimation einer tornedalfinnischen Identität neben der Schwedenfinnischen geben wird. Die neue schwedische Minderheitenpolitik stärkt auch den Status der *Roma* und *Juden*. Heute wird davon ausgegangen, dass ca. 15-20.000 Roma und ca. 25.000 Juden zur jeweiligen nationalen Minderheit gehören. Die schwedischen Roma nennen sich *Römer*. Dabei handelt es sich um einen Sammelbegriff für mehrere Gruppen, u.a. die *Romani*, die ja in Norwegen als eigenständige Minorität anerkannt sind. Ein Sondergruppe bilden die ca. 3.200 *Finnischen* Roma, die im Zuge der Migration von Finnen nach Schweden bereits im 16. Jahrhundert dort sesshaft geworden sind. Die *Schwedischen* Roma kamen Ende des 19. Jahrhunderts nach Schweden. *Außerskandinavische* Roma kamen in den 1960er und 70er Jahren aus Polen und anderen Teilen Mitteleuropas nach Schweden. Schließlich kamen auch Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Die meisten Roma leben heute in und um die schwedischen Großstädte Stockholm, Göteborg und Malmö. Ihre Sprache *Romani Chib* umfasst neun verschiedenen Dialekte:

- Finnisch Romani
- Kelderash
- Lovari
- Tjutari
- Sinto
- Arli
- Bugurij
- Gurbet
- Schwedisch Romani.

Obwohl die schwedischen Roma zu unterschiedlichen Zeiten

eingewandert sind und aus verschiedenen Gebieten stammen, fühlen sie sich dennoch als ein Volk. Gemeinschaftsbildend ist dabei vor allem das Erlebnis der Verfolgung. Viele Roma fühlen und erleben noch heute, dass sie im Alltag diskriminiert werden. Die Roma bildeten 1973 eine eigenständige Organisation: *Nordiska Zigenarradet*, die ursprünglich als skandinavische Dachorganisation für Romaverbände konzipiert war. Im Jahre 1999 änderte sie jedoch ihren Namen in *Romernes Riksförbund*. Dieser Verband arbeitet heute für die Erhaltung der Sprache und Kultur der Gruppe und für die Erforschung ihrer Geschichte. In ihm sind insgesamt 22 Vereine zusammengeschlossen. Während die Roma sich erst Anfang der 1970er Jahre organisierten, bildeten die schwedischen Juden neben den Gemeinden bereits 1945 den *Judiska Centralrådet i Sverige*. Die Geschichte der Juden reicht jedoch weitaus länger zurück. Die ersten Juden wanderten um 1700 ein, konnten jedoch erst ein Jahrhundert später ihre Religion frei ausüben. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden sie emanzipiert. Die jüdische Gruppe vergrößerte sich, u.a. weil Tausende Juden in Schweden Zuflucht suchten, um den Pogromen im Zarenreich, der Diskriminierung, Verfolgung und dem Völkermord im nationalsozialistischen Deutschland sowie dem Antisemitismus dort und andernorts zu entfliehen. In den Jahren 1933-45 kamen Zigtausende Juden u.a. aus den Nachbarländern Norwegen und Dänemark nach Schweden. Nach der Befreiung ihrer Heimatländer kehrten sie in der Regel wieder zurück. In den letzten Kriegsmonaten kamen über 10.000 Juden nach Schweden, die mit den „Weißen Bussen“ des Grafen Bernadotte aus den deutschen Konzentrationslagern gerettet werden konnten. Schließlich folgten nach 1945 Juden aus dem kommunistischen Osteuropa, um Antisemitismus und Übergriffen zu entfliehen. In den 1990er folgten weitere Juden aus der ehemaligen Sowjetunion. Viele der Juden in Schweden sprachen und sprechen nach wie vor *Jiddisch*. Die Gesamtzahl der Jiddischsprecher wird heute auf ca. 5.000 geschätzt. Die jüdischen Gemeinschaften sind heute vorwiegend in Stockholm, Göteborg und Malmö organisiert. Schweden erkennt keine weiteren Gruppen als nationale Minderheiten an. Dennoch gibt es regional definierte Strömungen,

die solch einen Status für sich beanspruchen und vehement, aber zum Teil inkonsequent und diffus verfechten. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Schonen-Bewegung in *Schonen* (Skåne), einem Landesteil, der bis Mitte des 17. Jahrhunderts integraler Bestandteil des dänischen Reiches war und wo nach der Eingliederung in Schweden eine durchgreifende Entdänisierung und schwedische Assimilationspolitik durchgeführt wurde. In Schonen gibt es eine Bewegung, die sowohl als Regional- als auch als Minderheitenbewegung auftritt. Sie ist Mitglied mehrerer internationaler Minderheitenorganisationen, u.a. der in Flensburg ansässigen Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen. Die Schonen-Bewegung wird jedoch weder von Schweden noch von Dänemark als „dänische“ oder regionale Minderheit anerkannt. Dennoch fordert die Bewegung solch einen Status ein.

Finnland

In der Republik Finnland finden sich heute sechs verschiedene Minderheiten:

- Finnlandsschweden (einschließlich Åland)
- Sami
- Roma
- Altrussen
- Juden
- Tataren.

Insgesamt zählen die Minderheiten ca. 315.000 Personen, was ca. 6 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes entspricht. Davon bilden die Finnlandsschweden mit ca. 292.000 Personen die weitaus stärkste Gruppe, die streng genommen wegen der offiziellen Zweisprachigkeit keine nationale Minderheit bildet.

Im nördlichen Finnland lebt eine *samische* Minderheit, deren Gesamtzahl heute auf ca. 2.600 Personen geschätzt wird. Andere Schätzungen sprechen jedoch von bis zu 7.000 Personen. Von den geschätzten 2.600 werden aufgrund der unterschiedlichen samischen Dialekte bzw. Sprachen 1.800 Samen zur nordsamischen, 400 zur inari- sowie 400 zur skoltsamischen Gruppe gerechnet. Dabei werden die *Inari und Skolt-Samen*

teilweise als Minderheiten innerhalb der samischen Minorität verstanden.

Wie in Norwegen und Schweden verfügen auch die finnischen Samen über ein *Sameting*. Dies wurde bereits 1972 als *Sameparlament* gegründet. Im Jahre 1991 beschloss das finnische Parlament außerdem ein Gesetz über die Verwendung von Samisch gegenüber den Behörden. Darin wurde u.a. festgelegt, dass Samen das Recht haben, Samisch in ihrem traditionellen Siedlungsgebiet zu benutzen. Dieses Gebiet wird *Samiland* genannt. Hier sollen alle öffentlichen Ausschreibungen auch in Samisch ausgeführt werden. Das Recht auf den Gebrauch von Samisch bezieht sich auch auf kommunale Körperschaften sowie alle staatlichen Einrichtungen in der Region, auch Gerichte. Zudem müssen Gesetze und Erlasse parallel auf Samisch veröffentlicht werden. Die Schüler in Samiland haben das Recht auf samischsprachigen Unterricht in der Grund- und Hauptschule sowie im Gymnasium.

Im Juli 1995 wurde das Gesetz über das Sameting angenommen. Darin wurde das Samiland so definiert, dass es heute die Gemeinden Enontekiö, Inari und Utsjoki sowie die lappländische Rentierzüchterorganisation in Sodankylä umfasst. Das Gebiet grenzt im Norden an die Finnmark in Norwegen, im Westen an Schweden und im Osten an Russland. Anfang 1996 erhielten die Samen Autonomie in ihren traditionellen Gebieten hinsichtlich der Sprache und Kultur. Im März 1996 wurde schließlich das neue Sameting gegründet, um die kulturelle Autonomie umzusetzen. Das Ting besitzt u.a. die Kompetenz in Fragen der samischen Kultur, Sprache sowie der Lage als Urbevölkerung.

Wie in den Nachbarländern stellt sich auch bei den Samen in Finnland die Frage, wie die Wählerschaft und damit die Stimmberechtigten für die Wahlen des Sametings zu definieren sind. Im Gesetz über das finnische Sameting wird analog zu den Nachbarländern eine Definition festgelegt. Danach ist ein Same eine Person, die sich selber als Same auffasst, vorausgesetzt, dass

1. er oder mindestens einer seiner Eltern oder Großeltern Samisch als erste Sprache gelernt hat - oder
2. er von einer Person abstammt, die im Land-, Steuer- oder

Bevölkerungsregister als Berg-, Wald- oder Fischerlappe eingetragen ist - oder

3. mindestens ein Elternteil in der Wählerschaft für das Samenparlament oder Sameting bereits registriert gewesen ist.

Diese Definition ist heute umstritten und Gegenstand einer aktuellen Auseinandersetzung. Problematisch ist laut Befürwortern einer Einengung des Begriffs, dass diese breite Definition es Nichtsamern ermöglicht, sich an der Wahl des Sametings zu beteiligen. Samische Organisationen wie das Sameting und weitere Einrichtungen fordern deshalb eine restriktive Definition, wobei die Sprachkompetenz im Mittelpunkt stehen soll. Dabei wird auch darauf verwiesen, dass in Vorarbeiten zu einem Gesetzes Vorhaben, das allerdings nicht weiter verfolgt worden ist, 1997/98 ein enger Zusammenhang zwischen der samischen Sprache und der samischen Identität hergestellt wurde.

Somit stellt sich nach wie vor die Frage, was einen Samen ausmacht, wobei objektive Merkmale seitens samischer Institutionen als vorrangiges Kriterium definiert werden. Damit gewinnen auch in diesem Fall die praktischen Grenzen des subjektiven Nationalitätsprinzips an Konturen: Als generelles Prinzip hat es voll Geltung; aber bei der konkreten Umsetzung, die bei der Wahrnehmung von kulturellen Selbstverwaltungsrechten gefordert ist, wird es durch Hinzuziehen objektiver Kriterien akzentuiert und relativiert.¹⁴ Diese Frage stellt sich in Skandinavien bisher nur bei den Samen, während andere Minderheiten wegen anderer Strukturen noch nicht mit einer konkreten Definition ihrer Angehörigen zwecks Ausübung von kultureller Selbstverwaltung konfrontiert worden sind.

Im Jahre 1995 wurden die Rechte der Samen außerdem in der finnischen Verfassung verankert. Diese wurden auch in der neuen Verfassung bestätigt, die 2000 in Kraft trat. Gemeinsam mit den Samen in den anderen skandinavischen Ländern sowie in Russland haben sie den gemeinsamen Samischen Rat gebildet, der für die Stärkung ihrer Rechte eintritt. Die skandinavischen Minister, die für die Samen Verantwortung tragen, koordinieren ebenfalls ihre Politik zugunsten der Samen.

Die weitaus größte Minderheit sind die *Finnlandschweden*. Sie bilden mit 292.000 Personen, die offiziell als schwedischsprach-

chig registriert sind, ca. 5,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie sind eine de-facto-Minorität. Es ist nämlich eine Frage der Definition, ob sie als nationale Minderheit aufzufassen sind oder nicht. In rechtlicher Hinsicht sind sie es nicht, obwohl sie all die Kriterien, die für eine nationale Minderheit Geltung haben, erfüllen. Die Finnlandschweden sind mit den Finnen gleichberechtigt. Sie leben hier seit beinahe 800 Jahren. Finnland ist eine zweisprachige Gesellschaft. Die gemeinsame Bezeichnung für die beiden Sprachgruppen der Finnen und Finnlandschweden ist der Begriff Finnländer. So ist es in juristischer Hinsicht der Fall seit Annahme der ersten finnischen Verfassung 1919 und der Annahme des Sprachengesetzes im Jahre 1922, womit ein langandauernder Streit zwischen Anhängern der schwedischen bzw. der finnischen Sprache und Kultur prinzipiell beigelegt wurde.

Obgleich die Schwedischsprachigen überwiegend in den Gebieten Nyland, Åboland und Österbotten entlang des Bottnischen bzw. Finnischen Meerbusens leben, ist ganz Finnland formal zweisprachig mit zwei gleichwertigen Nationalsprachen. Hinzu kommt das ausschließlich schwedischsprachige Åland, wo eine kleine Gruppe von Finnen die regionale Minderheit bildet. Die Zweisprachigkeit findet sich offiziell auf allen Ebenen einschließlich des Militärs, wo schwedischsprachige Einheiten in der Armee eingerichtet sind. Dennoch wird ein Reisender in Finnland sehr schnell feststellen, dass außerhalb der Hauptstadt und der schwedischbewohnten Gebiete die allgemeine Schwedischkompetenz wenig, kaum, manchmal gar nicht verbreitet ist und dass viele Finnen es vorziehen, einen anderen Skandinavier auf Englisch anzusprechen. Die Realität unterscheidet sich somit schon vom Ideal.

In Finnland gibt es vier verschiedene Typen von Gemeinden, die jeweils aufgrund der örtlich vorherrschenden Sprachrelationen kategorisiert werden. Im Jahre 2001 gab es insgesamt 448 Gemeinden, von denen 385 einsprachig finnisch waren. 5 Gemeinden auf dem Festland sowie alle 16 Kommunen auf Åland waren einsprachig Schwedisch. Weitere 20 Kommunen waren zweisprachig mit einer finnischsprachigen Mehrheit, während 22 Gemeinden zweisprachig mit einer schwedischsprachigen

Mehrheit waren. Der Status der jeweiligen Gemeinden wird durch eindeutige Kriterien festgelegt: Eine Gemeinde wird zweisprachig finnisch und schwedisch, wenn die kleinste Sprachgruppe mindestens 8 Prozent der örtlichen Bevölkerung oder mindestens 3.000 Personen ausmacht. Eine zweisprachige Kommune wird einsprachig, falls die Minderheit weniger als 6 Prozent der örtlichen Bevölkerung oder unter 3.000 Personen ausmacht.

Obgleich nur diese Gemeinden ein- bzw. zweisprachig schwedisch sind, müssen alle Gemeinden in Finnland einen schwedischsprachigen Unterricht anbieten, falls mindestens 13 Schülern Schwedisch als Muttersprache haben. Entsprechend müssen einsprachig schwedischsprachige Kommunen gegenüber finnischsprachigen Schülern verfahren. In Kindergärten müssen die Kommunen jeweils sich darum bemühen, dass die Kinder in ihrer Muttersprache betreut werden.

Die Finnlandschweden nehmen an allen Teilen des gesellschaftlichen Lebens teil. Es gibt schwedische Universitäten, Medien, TV-Sendungen, Theater und andere Kultureinrichtungen. In politischer Hinsicht gibt es neben mehreren zweisprachigen Parteien, wo auch Finnlandschweden aktiv mitarbeiten, die schwedische Partei *Svenska Folkpartiet*, die seit den 1930er Jahren regelmäßig Teil von Koalitionsregierungen in Helsinki war. Zurzeit beteiligt sie sich mit 11 Mandaten im Parlament ebenfalls an der Regierung. Die unterschiedlichen Interessen der Finnlandschweden werden im Rahmen des *Svenska Finlands Folkting* koordiniert. Dabei handelt es sich um eine demokratisch legitimierte Versammlung von 75 Personen. Das Folkting wurde 1919 gegründet, um die Rolle der schwedischen Sprache im unabhängigen Finnland sicherzustellen. Daraufhin wurde die Versammlung jedoch erst wieder 1941 einberufen, als die Frage der Eingliederung der Karelier zu besprechen war (siehe unten). Später wurde das Folkting die repräsentative Vertretung der Finnlandschweden. Sie ist regional und parteipolitisch in der Gruppe verankert. Sie wirkt bei der Gestaltung des Sprachengesetzes mit und beteiligt sich aktiv an anderen Gesetzesvorhaben, die für die schwedische Sprache bedeutsam sind. Zwischen Schweden und Finnland liegt das Archipel der

Åland-Inseln. Die Inselgruppe genießt einen besonderen Status in Finnland. Das Gebiet ist demilitarisiert (bereits seit 1856 infolge des Krim-Krieges) und neutralisiert. Seit 1921 sind die Inseln eine autonome schwedischsprachige Gemeinschaft in Finnland. Die Autonomie stand am Ende eines Konfliktes zwischen Finnland und Schweden mit vorübergehender militärischer Intervention schwedischer Truppen, da sowohl Stockholm als auch die Bevölkerung der Inseln eine Eingliederung in Schweden einforderten, aber Helsinki den Verbleib bei Finnland behauptete. Schließlich wurde vom Völkerbund die Lösung in der Gestalt der Autonomie gefunden, die seitdem von allen Seiten respektiert wird. Heute empfiehlt Helsinki sogar die Åland-Autonomie als Modell und Beispiel für die Lösung ethnischer und nationaler Konflikte in Europa.

In Åland leben heute ca. 25.000 Menschen, von denen 94 Prozent Schwedisch als Muttersprache haben. Die Autonomie Ålands ist in einer Autonomiegesetzgebung festgelegt, die sichern soll, dass die Inseln ihren schwedischsprachigen Charakter bewahren. In vielerlei Hinsicht funktioniert Åland wie ein Ministaat; die autonome Regierung kann außer im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik selber die interne Politik definieren. Das Parlament der Inseln hat die Bezeichnung *Lagting* (bis 1993 *Landsting*). Es hat die Kompetenz in den Bereichen Kommunalverwaltung, Schule und Bildung, Kultur, Wirtschaft, soziale Fragen, Polizei, Kommunikation sowie im Gesundheitssektor. Die Inseln geben eigene Briefmarken heraus, haben eine eigene Flagge, eigene Nummernschilder, und sie sind - wie auch die dänischen autonomen Gebiete Grönland und die Färöer - Mitglied im Nordischen Rat.

Die Autonomie wird von einer „Regierung“ geleitet, die *Landskapsstyrelse* genannt wird. Sie umfasst 5-7 „Minister“ und wird von einem Vorsitzenden geleitet, der die Bezeichnung *Lantråd* trägt. Das Lagting umfasst 30 Mitglieder. Politische Parteien sind auf Åland ein relativ neues Phänomen, das erst in den 1970er Jahren aktuell wurde. Heute gibt es allerdings mehrere Parteien auf den Inseln. Bei der letzten Lagtingswahl am 17. Oktober 1999 wurden sechs Parteien in das Parlament gewählt. Auf Åland gibt es eine Regionalbürgerschaft: *Hembygdsretten*.

Diese wird durch Geburt erlangt, falls mindestens ein Elternteil sie bei der Geburt des Kindes besitzt. Hinzugezogene können die Bürgerschaft erlangen, nachdem sie sich fünf Jahre lang ständig in Åland aufgehalten haben - jedoch mit der Einschränkung, dass nur finnische Staatsbürger Ålandbürger werden können und dass sie ausreichende Schwedischkenntnisse dokumentieren müssen. Die Ålandbürgerschaft ist Voraussetzung für das aktive und passive regionale Wahlrecht, das Recht, Land und Gebäude zu erwerben sowie selbständige Tätigkeiten auf den Inseln auszuüben. Der Hembygdsret ist nicht permanent, sondern geht verloren, falls man sich mehr als fünf Jahre außerhalb Ålands aufhält.

Neben diesen Minderheiten gibt es in Finnland vier weitere Gruppen, die heute als nationale Minoritäten anerkannt sind: die Roma, Russen, Juden und Tataren. Die *Russen* umfassen heute ca. 5.000 Personen, die eine traditionelle Minderheit in Finnland bilden. Dies geht darauf zurück, dass Finnland in der Zeit von 1809 bis 1917 Teil Russlands war. Neben diesen Altrussen gibt es eine Gruppe von ca. 20.000 anderen Russen, die im 20. Jahrhundert eingewandert sind. Dabei handelt es sich insbesondere um Verwandte von Russlandfinnen, die nach der Unabhängigkeit Finnlands im Jahre 1917 in mehreren Schüben nach Finnland gekommen sind. Die Finnlandrussen werden von der Russischen Föderation/Russland heute als Gruppe aufgefasst, für die Moskau eine besondere Verantwortung hat. Deshalb sind sie auch Gegenstand des Russisch-Finnischen Vertrages über Zusammenarbeit, der 1992 unterzeichnet wurde. Darin wird u.a. festgelegt, dass beide Staaten sich bereit erklären, u.a. die Russen in Finnland sowie die Finnen in Russland zu fördern.

Die *Tataren* sind eine Gruppe, die gegenwärtig ca. 1.000 Personen umfasst. Sie sind ebenfalls Gegenstand des Russisch-Finnischen Kooperationsabkommens aus dem Jahre 1992. Die Tataren sind ein Turkvolk, das Ende des 19. Jahrhundert nach Finnland einwanderte. Dort wurden sie vor allem auf dem Lande sesshaft. 1925 bildeten sie die Finnisch-Islamische Vereinigung, die 1935 in Finnisch-Türkische Gesellschaft umbenannt wurde. Außerdem gibt es in Finnland noch eine anerkannte Minderheit

der *Roma*. Es wird geschätzt, dass heute ca. 10.000 Roma in Finnland wohnen. Hinzu kommen 3.200 finnische Roma in Schweden. Laut der finnischen Verfassung haben die Roma das Recht, ihre Sprache (Romany) und Kultur zu pflegen und zu entwickeln. Seit 1956 gibt es einen staatlichen Ausschuss für Belange der Roma. Der Ausschuss zählt 18 Mitglieder, davon 10 Roma. Seine Aufgabe ist es, dafür zu arbeiten, dass die Roma gleiche Möglichkeiten erhalten, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Außerdem soll ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage verbessert werden. Auch auf regionaler Ebene finden sich vergleichbare Instanzen, die einen laufenden Kontakt zwischen den Behörden und der Minderheit ermöglichen. Insgesamt gibt es heute 40 derartige Gremien. Dennoch ist die Lage der Roma kritisch. Es bestehen erhebliche Unterschiede im Lebensstandard, hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, der sozialen Verhältnisse etc. zwischen den Roma und anderen Teilen der Bevölkerung. Dies ist auch von internationaler Seite angesprochen und kritisiert worden. Die Regierung ist sich dieser Schieflage bewusst und hat verschiedene Schritte unternommen, um eine Veränderung der Lage herbeizuführen.

Schließlich sind auch die *Juden* eine anerkannte nationale Minderheit. Es wird geschätzt, dass heute ca. 1.300-1.500 Juden in Finnland leben, deren Vorfahren in den 1830er Jahren aus Russland einwanderten. Hier assimilierten sie sich sprachlich zur schwedischen Bevölkerung. Um 1930 kam es jedoch zu einem erneuten Sprachwechsel, so dass heute viele Juden zweisprachig Schwedisch/Finnisch sind. Die jüdischen Gemeinden finden sich hauptsächlich in und um Helsinki, Abo und Tampere. Wie auch die Tataren und Roma sind die Juden erfasst von der Bestimmung der finnischen Verfassung über die Erhaltung und Entwicklung der Kultur und Sprache „anderer Gruppen“ in der Gesellschaft.

Neben den anerkannten nationalen Minderheiten gibt es in Finnland weitere Gruppen, die einen Sonderfall bilden, aber zumindest bisher keinerlei Ambitionen geäußert haben, den Status einer nationalen Minderheit zu erlangen. Dies bezieht sich in erster Linie auf die *Finnischen Karelier*.⁶⁵ Sie lebten nach der Unabhängigkeit 1917 im östlichsten Teil Finnlands, das bis

kurz vor die Tore Leningrads reichte. Hauptort war die Stadt Vyborg. Nach dem verlorenen Winterkrieg 1939-40 musste Finnland Karelien an die UdSSR abtreten. Daraufhin siedelten die meisten der ca. 400.000 Karelier ins verbliebene Finnland um. Dies verursachte erhebliche soziale Spannungen, da es sich um ca. 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Finnlands handelte, die jetzt andernorts untergebracht werden musste. Die finnische Regierung beschloss 1940 ein Siedlungsgesetz, das u.a. auch die Ansiedlung in schwedischsprachigen Teilen des Landes vorsah. Dies führte zur Einberufung des Svenska Finlands Folkting, das in den Plänen eine Bedrohung der Lage der Finnlandschweden sah. Letztendlich wurde allerdings nur Åland von der Neuansiedlung freigestellt; allerdings durfte die Ansiedlung von Kareliern die Sprachrelation in schwedischsprachigen Gebieten nicht um mehr als 2 Prozent zugunsten des Finnischen verändern.

Finnland verbündete sich mit Deutschland. Im Fortsetzungskrieg 1941-44 wurde das Gebiet wiedererobert. In den Jahren 1941-43 kehrten daraufhin ca. 265.000 Karelier in ihre Heimat zurück. Das Gebiet stand unter Militärverwaltung, und es gab finnische Bestrebungen einer „ethnisch-kulturellen Reinigung“ des Gebietes. Nach dem Bruch mit Deutschland und dem Waffenstillstandsabkommen mit der UdSSR im September 1944 sowie dem Interimsfrieden mit Moskau musste Finnland erneut auf Karelien verzichten, und die Karelier mussten erneut nach Finnland umsiedeln. Sie wurden in der Folgezeit in allen Teilen des Landes sesshaft. Zwar entstanden keine kompakten karelischen Enklaven, aber sie gründeten Verbände und Organisationen, die noch heute ein rege Aktivität entfalten. Der Verband der Karelier hatte Mitte der 1990er Jahre ca. 73.000 eingetragene Mitglieder, die in 500 Ortsvereinen und Verbänden gegliedert waren. Zur gleichen Zeit sprach der Verband von insgesamt ca. 546.000 Kareliern in Finnland. Die Arbeit der Karelier in Finnland weist viele Züge auf, die mit der Tätigkeit der Vertriebenenverbände in Deutschland vergleichbar sind. Bei den Älteren gibt es viel Nostalgie, und nach 1990 haben viele ihre ehemalige Heimat im heutigen Russland besucht. Anfang der 1990er wurde diskutiert, ob Finnland eine Wiedereingliederung des Gebie-

tes einfordern sollte, welches jedoch kategorisch seitens der russischen und finnischen Regierung abgelehnt wurde.

Schließlich finden sich neuerdings in Finnland weitere *finnisch-ugrische Gruppen*, die seit 1991 ins Land gekommen sind. Damals erklärte die finnische Regierung sich gewissermaßen als Adoptivstaat bereit, Angehörige finnisch-ugrischer Nationalitäten nach der Implosion und Auflösung der Sowjetunion in Finnland aufzunehmen. Dies hat dazu geführt, dass Zehntausende Ingrier und weiterer finnisch-ugrischer Abstammung in Finnland sesshaft geworden sind. Die *Ingrier/ Ingermanländer* bilden heute mit ca. 20.000 Angehörigen die größte dieser finnisch-ugrischen Immigranten. Ingrier leben zudem und zum Teil als in den letzten Jahren immigrierte Minderheit in Estland. In Zukunft wird sich zeigen, ob diese Gruppe sich ebenfalls zu einer nationalen Minderheit entwickeln wird.

Ein Skandinavien mit vielen Minderheiten

Es kann somit festgestellt werden, dass Skandinavien wie auch das übrige Europa von kultureller und sprachlicher Vielfalt geprägt ist. Dies umfasst sowohl Minderheiten als auch Mehrheiten. Hinzu kommen regionale Eigenarten, die von manchem als Indiz für die Existenz weiterer nationaler Minderheiten aufgefasst werden, von anderen wiederum lediglich als regionale Sprach- und Kulturphänomene gedeutet werden. Schließlich gibt es weitere Gruppen, die als Minderheiten in Betracht kommen könnten.

In allen skandinavischen Staaten leben nationale Minderheiten. Island bildet die einzige Ausnahme. Neben den hier kurz vorgestellten 17 traditionellen nationalen und sprachlichen Minderheiten gibt es zudem eine Vielzahl an Migrantenminoritäten in allen skandinavischen Ländern. Sie werden (noch) nicht explizit als nationale Minderheiten anerkannt, obwohl einige von ihnen bereits in Schweden und auch Finnland de facto als solche aufgefasst werden. Dies ist vor allem der Fall bei den Finnen in Schweden, wo nicht zwischen traditioneller schwedenfinnischer Minorität und nach 1945 Eingewanderten unterschieden wird. Es ist eine Frage der Zeit, wann es vordringlich wird, dazu Stel-

lung zu beziehen, ob und inwiefern für eine Reihe dieser neuen Minoritäten eine Gleichstellung mit den traditionellen Minderheiten und somit die Anerkennung des Status einer nationalen Minderheit relevant ist. Dies setzt jedoch jeweils einen hohen Organisationsgrad sowie den expliziten Wunsch nach einem Minoritätenstatus voraus. Dennoch handelt es sich dabei um eine relevante Diskussion, die sich unweigerlich sowohl in Skandinavien als auch im übrigen Westeuropa ergeben wird.

Die skandinavischen Staaten bedienen sich heute eines offeneren, komplexeren und konsequenteren Minderheitenbegriffs, als es vor 5 Jahren der Fall war. Heute sind weitaus mehr Gruppen als nationale Minderheiten anerkannt worden, als es noch vor zehn Jahren vorstellbar war. Die oftmals forcierte Assimilations- und Integrationspolitik gegenüber nationalen Minderheiten, die früher in Norwegen und Schweden vorherrschend war, ist mittlerweile verworfen worden. Historisches Unrecht wie Verweigerung der Anerkennung und Sicherung von Minderheitenrechten oder auch diskriminierende Politiken gegenüber Minderheiten, die als soziale Randgruppen aufgefasst wurden, wird heute offen angesprochen, bedauert und der Versuch wird unternommen, eine Rehabilitierung und Kompensation für ergangenes Unrecht effektiv durchzuführen. Die minderheitspolitischen Ansätze sind somit grundlegend revidiert und erneuert worden. Heute zielen sie auf Inklusion, Gleichberechtigung und Anerkennung der historisch gegebenen sprachlichen und kulturellen Vielfalt und Diversität ab. Obwohl regional verankerte Strömungen wie bei der Schonen-Bewegung nach wie vor eine Anerkennung einfordern und von einer fortwährenden Diskriminierung ihrer kulturellen und sprachlichen Belange sprechen, muss dennoch festgestellt werden, dass auf formaler Ebene große Fortschritte erzielt worden sind. Dieser Prozess dauert noch an. Viel ist bisher erreicht worden, aber da die Neuformulierung der norwegischen und schwedischen Minderheitenpolitik erst wenige Jahre zurückliegt, muss noch immer viel unternommen werden, um die Prinzipien und Grundsätze zu realisieren.

Insgesamt betrachtet werden heute der Minderheitenschutz und die Sicherung der Minderheitenrechte ernst genommen. Dies erklärt sich nicht zuletzt dadurch, dass alle skandinavischen

Länder in den letzten Jahren die wichtigsten Instrumente des Europarats zum Minderheitenschutz akzeptiert und ratifiziert haben. Dies bezieht sich sowohl auf die *Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen* aus dem Jahre 1992 als auch auf das *Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten* aus dem Jahre 1995. Deutschland und Dänemark haben ebenfalls diese beiden Abkommen ratifiziert. In Norwegen und Schweden gab die Ratifizierung dieser Instrumente Anlass zu einer Prinzipdefinition der Minderheitenpolitik. Da für beide Instrumente ein Monitoring vorgesehen ist, kann angenommen werden, dass die mit dem Beitritt zur Charta und dem Rahmenübereinkommen international angenommenen Verpflichtungen auch zukünftig realisiert werden.

Bei der Neudefinition der nationalen Minderheitenpolitik war Grundvoraussetzung, dass - analog zur Situation im deutschen Grenzland - die Anerkennung einer Gruppe als nationale Minderheit jeweils von der betreffenden Gruppe gewünscht worden war. Somit gilt die komplementäre Seite des voluntaristischen Grundsatzes „Minderheit ist, wer will“: Niemand kann gegen seinen Willen Teil bzw. Mitglied einer Minderheit werden.

Anmerkungen:

- 1 Siehe z.B. Cornelia Schmalz-Jacobsen: Kleines Lexikon der ethnischen Minderheiten in Deutschland, München 1997.
- 2 Christoph Pan/Beate Sibylle Pfeil: Die Volksgruppen in Europa. Ein Handbuch, Wien, 2000, S.4.
- 3 So ist es in Ungarn zu beobachten. Vorläufige Ergebnisse der Volkszählung vom Februar 2001 zeigen, dass die 13 offiziell anerkannten Minderheiten in Ungarn an „Mitgliedern“ gewinnen. Im Vergleich zur letzten Volkszählung 1990 wuchs die Zahl der Selbstidentifikationen als Roma von 142.000 auf 190.000, die der Deutschen wurde auf 62.000 verdoppelt. Siehe Hungary's minorities increasingly willing to identify themselves, RFE/RL Newline, Vol.6, No. 143, Part II, 1.8.2002. Allerdings sind auch diese Zahlen absolute Minimumangaben, die auch von den ungarischen Behörden nicht als reales Bild aufgefasst werden. Bereits nach der Volkszählung von 1990, als ca. 30.000 sich als Ungarndeutsche identifizierten, nahm

- Budapest an, dass eine Zahl von bis zu 220.000 eher zutraf.
- 4 Vergleiche mit Sten Harck: Nationale mindretal i europæisk perspektiv, København 2000.
 - 5 Siehe dazu Paul Robert Magocsi: Of the Making of Nationalities There is No End, Boulder 2000.
 - 6 Eine selektive Bibliografie über Studien zu ethnischen Relationen in Osteuropa aus dem Jahre 2001 verzeichnet somit alleine auf diesen Raum bezogen 969 relevante Publikationen, wobei allerdings eine Vielzahl anderer auch aus sprachlichen Gründen nicht berücksichtigt werden konnte. Margit Schmidt (Hg.): Ethnie Relations in Eastern Europe. A Selected and Annotated Bibliography, Open Society Institute, Budapest 2001.
 - 7 In einem Beitrag in den kommenden Grenzfriedensheften 4/2002 wird die Problematik der Minderheiten in Dänemark näher erläutert.
 - 8 Zahlenangaben laut Bundesministerium der Justiz: Schutz nationaler Minderheiten in Europa. Texte, Materialien, Erläuterungen zum Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, Bonn, o.J. (1997?), S.67ff.
 - 9 Bundesministerium der Justiz (1997?), S.63.
 - 10 Dabei differenziert die Bundesregierung jedoch den Begriff nationale Minderheit, da zwischen der dänischen Minderheit, dem sorbischen Volk sowie den Volksgruppen der Friesen und der Sinti und Roma unterschieden wird. So wird ebd., S.63ff. festgestellt: „Diese Kriterien werden von der dänischen Minderheit, die im Landesteil Schleswig des Landes Schleswig-Holstein lebt, erfüllt. Sie werden ebenso erfüllt vom sorbischen Volk, das im Nordosten des Freistaats Sachsen und im Südosten des Landes Brandenburg heimisch ist. Die Friesen im Nordwesten der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen leben ebenso wie die Dänen und Sorben in angestammten Siedlungsgebieten. Die Mehrheit der Friesen betrachtet sich nicht als nationale Minderheit, sondern als Volksgruppe im deutschen Volk mit besonderer Sprache, Herkunft und Kultur. Die deutschen Sinti und Roma sind ebenso eine Volksgruppe, die traditionell in Deutschland heimisch ist. Sie leben aber nicht in einem oder mehreren angestammten Siedlungsgebieten, sondern nahezu in ganz Deutschland, meist in kleinerer Zahl. Wie die Dänen und die Sorben wollen auch diese Volksgruppen ihre eigene Identität erhalten. Sie erwarten und erhalten hierfür staatlichen Schutz und staatliche Förderung“.
 - 11 Siehe z.B. Jan Lemke: Nationale Minderheiten und Volksgruppen im schleswig-holsteinischen und übrigen deutschen Verfassungsrecht, Kiel 1998.

- 12 Bisher liegt kein Gesamtüberblick zur Minderheitenpolitik in Skandinavien vor. Der Verfasser dieses Beitrages arbeitet zur Zeit an einer Monografie, die 2003 erscheinen wird. Die folgende Darstellung basiert auf Ergebnissen dieser Studie. Siehe dazu auch Jørgen Kühl: Mindretal i Norden, *Noter*, nr. 146, September 2000, Historielærforeningen for gymnasiet og HF, 2000, S. 4-15, und Jørgen Kühl: Nationale mindretal i Norge, Sverige og Finland, *Pluk - fra forskning i Sønderjylland* 3, 2001, S.16-26. Aspekte der hier behandelten Problematik werden dargestellt in mehreren Beiträgen für den Band Sven Tägil (Hg.): *Ethnicity and Nation Building in the Nordic World*, London 1995. Eine komprimierte Darstellung der Minderheitenpolitik und -gesetzgebung in Norwegen, Schweden und Finnland findet sich jeweils in den Staatenberichten an den Europarat im Rahmen des Monitoring der Umsetzung des von den betreffenden Staaten jeweils ratifizierten Rahmenübereinkommens zum Schutze nationaler Minderheiten. Siehe Report submitted by Finland pursuant to article 25, paragraph 1, of the Framework Convention for the Protection of National Minorities (Received on 16 February 1999), Council of Europe, Strasbourg; Report submitted by Sweden pursuant to article 25, paragraph 1, of the Framework Convention for the Protection of National Minorities (Received on 8 June 2001), Council of Europe, Strasbourg; Report submitted by Norway pursuant to article 25, paragraph 1, of the Framework Convention for the Protection of National Minorities (Received on 2 March 2001), Council of Europe, Strasbourg.
- 13 So in *De nationella minoriteterna och kulturlivet, Rapport från Statens kulturråd 2001: 4*, Trelleborg 2001, S.41. Da das Meänkieli jedoch durch zahlreiche schwedische Begriffe charakterisiert ist, scheint diese Einschätzung allerdings fragwürdig. Zumindest ist schwer nachvollziehbar, wie eine finnischsprachige Gruppe in Russland ihre Sprache durch eine schwedische Beeinflussung entwickeln konnte, da bis Ende der 1980er es keinen Kontakt mit anderen Meänkieli-Sprechern gab. Im Falle Norwegens wird vermutlich an Kveni gedacht. In Finnland wird die Sprache im finnischen Tornedalen gesprochen.
- 14 Diese Problematik stellt sich aktuell auch andernorts in Europa. So ist in Ungarn die Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten, die jeweils auf kommunaler Ebene in offener Wahl durch Räte zusammengesetzt wird, gegenwärtig Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. Bisher basierte die Wahl laut Minderheitengesetz auf dem „Minderheit ist, wer will“-Prinzip. Konkret bedeutet dies, dass die Wählerschaft für diese Räte, die parallel mit den Gemeinderäten

gewählt werden, nicht eindeutig definiert ist. Dabei beteiligten sich bisher jeweils mehr Personen an der Wahl der Minderheitenräte, als es nach offizieller Einschätzung Minderheitenangehörige gab. Im Vorwege der Wahl im Herbst 2002 wurde nunmehr seitens Rumäniens, aber auch seitens der slowakischen, rumänischen und deutschen Minderheiten in Ungarn der Vorwurf erhoben, dass Personen ohne offensichtliche Zugehörigkeit zu einer Minderheit dennoch für die kommunalen Minderheitenselbstverwaltungsräte kandidierten. Rumänien kritisierte ferner, dass ungarische Roma sich als Vertreter der Minderheit der Rumänen identifiziert hatten. Der Minderheitenombudsman in Ungarn wird nunmehr die Sache untersuchen und hat dabei hervorgehoben, dass lediglich Kandidaten, die legitime Vertreter der jeweiligen Minderheiten sind, eine Wahlkampfkostenerstattung bekommen werden. Dennoch ist festzustellen, dass sich auch hier seitens der Minderheiten offensichtlich Vorbehalte gegenüber einem völlig unkontrollierten „Minderheit ist, wer will“ artikulieren. Siehe Hungarian minority leaders suspect foul play ahead of local elections, RFE/RL Newline, Vol. 6, No. 153, Part II, 15.8.2002.

- 15 Die Bezeichnung Finnische Karelrier bezieht sich auf die Gruppe, die im vormaligen finnischen Landesteil Karelien vor 1945 gelebt haben. Daneben gibt es heute in Finnland eine Provinz Karelien, in der auch Karelrier leben. In beiden Fällen handelt es sich um Gruppen, die sich mit Finnland und der finnischen Nation identifizieren. In Russland gibt es die Nationalität der Karelrier, die eine eigenständige finnisch-ugrische Nationalität sind und die in der an Finnland grenzenden autonomen Republik Karelien eine Titularstaatlichkeit besitzen. Karelrier leben außerdem in einem Gebiet um Twer nordwestlich von Moskau.

Mahnmal aus rostigem Stahl

Jugendliche schufen eine Skulptur für die Gedenkstätte Ladelund

von ULRICH JESS

Seit Anfang der 80er Jahre erschienen in den Grenzfriedensheften viele Beiträge zur Geschichte des Konzentrationslagers Ladelund und zu ihrer 'Vermittlung in der Gedenk- und Begegnungsstätte des nordfriesischen Dorfes.

Der kleine Beitrag von Ulrich Jeß - ehemaliger Lehrer und freier Journalist aus Ladelund - berichtet über eine Skulptur, die den 1995 errichteten Gedenkstein und eine 2002 fertiggestellte Informationstafel am ehemaligen Lagerplatz jetzt ergänzt.

Die Redaktion

Eine stählerne Figur, die zwei von Stacheldraht Eingeschlossene zu befreien sucht: Künstlerisch eindrucksvoll und handwerklich solide erinnert eine Metallskulptur am ehemaligen Lagergelände des KZ-Außenkommandos Ladelund an das Schicksal der Gefangenen, die hier inhaftiert waren.

Das Mahnmal wurde jetzt in Anwesenheit mehrerer Zeitzeugen und zahlreicher Ehrengäste enthüllt. Geschaffen haben es gehörlose Jugendliche innerhalb einer Projektwoche im Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerk Husum nach einem Entwurf und unter Anleitung ihres Ausbilders Hans-Peter Bursian.

Am späten Nachmittag des 11. Juni 2002 versammelten sich die Teilnehmer am Rande des Geländes, auf dem im November 1944 in den Baracken eines ehemaligen RAD-Lagers das Außenlager Ladelund des KZ Neuengamme eingerichtet wurde. Von den über 2000 hier zusammengepferchten Gefangenen kamen innerhalb von nur sechs Wochen 300 Gefangene aus 13 Nationen durch militärisch sinnlose Zwangsarbeit (Schaffung eines „Friesenwalls“), durch Unterernährung, körperliche Drangsalierung, menschenverachtende Willkür und Krankheit ums Leben.

Am Gedenkstein zu Ehren der KZ-Toten, dessen Schriftzug mahnt, die unantastbare Würde des Menschen zu respektieren, legte Jannes Priem, ein niederländischer Überlebender der KZ-Haft in Nordfriesland, einen Kranz nieder, bevor die hauptamtliche Leiterin der Gedenkstätte, Karin Penno, die an historischer Stätte Versammelten begrüßte.

Nachdem Kreispräsident Helmut Wree und die Landespastorin Petra Thobaben vom Diakonischen Werk Rendsburg Kränze niedergelegt hatten, berichtete der Ausbildungsmeister der Abteilung Metallbau des Theodor-Schäler-Berufsbildungswerks Husum, Hans-Peter Bursian, über die Entstehung einer noch verhüllten Skulptur, die gehörlose Jugendliche nach seinem Entwurf angefertigt hatten. Im Zusammenhang mit der Planung eines „Multi-Kulti-Tags“ hatten er und seine Schützlinge das Thema „Krieg und Frieden“ aufgegriffen und die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund aufgesucht, wo sie sich mit dem Schicksal der Gefangenen intensiv befasst hatten. Dabei kam Hans-Peter Bursian die Idee, eine metallene Skulptur zu bauen, die zwei von Stacheldraht eingeschlossene Menschen zeigen sollte, dazu einen dritten, der von außen ein Stück des Zaunes herausbricht. Das Kunstwerk hat eine Höhe von 2,50 Meter, eine Breite von 3 Metern und wiegt 1,2 Tonnen. Für die Realisierung des Planes benötigten die Jugendlichen nur eine Woche.

Das Angebot, das beeindruckende Werk am Rande des einstigen KZ-Lagers in Ladelund aufzustellen, wurde von der Leiterin der Gedenkstätte mit Dank akzeptiert. Paul Petersen aus Westre schuf ein tragfähiges Fundament, ein Sponsor sorgte für den kostenlosen Transport der Skulptur. Das Modell fand einen würdigen Platz im Dokumentenhaus der Gedenkstätte.

Die Jugendlichen enthüllten das ausdrucksstarke Kunstwerk, das mit viel Beifall. Den Dank des Kirchkreises Südtondern sprach Propst Sönke Pörksen allen denen aus, die dazu beigetragen hatten, dass die Ladelunder Gedenk- und Begegnungsstätte in den Besitz des Kunstwerkes gelangt war: als Medium für die Mahnung, dass eine Missachtung der Würde des Menschen, wie sie die Nationalsozialisten an den Tag legten, sich niemals wiederholen dürfe.

Gerhard Schmidt wird 70

„Ich bin der erste Diener der Minderheit“

APENRADE (BdN) „Das Wichtigste für mich ist, dass die Mitglieder der deutschen Volksgruppe gleichwertige Bürger des Landes sind“, sagt Gerhard Schmidt, Laygaardholz bei Gravenstein. Der langjährige Hauptvorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN) wird am Freitag, 12. Juli, 70 Jahre alt. Gerhard Schmidt hat den BdN von 1975 bis 1993 geleitet, und er hat sich immer als „erster Diener des Staates“ verstanden. „Wenn ich einen solchen Posten übernehme, habe ich das Amt für die Volksgruppe zu machen und nicht, um mich als Person in den Vordergrund zu spielen und eigene Sachen zu machen“, meint er. Als Hauptvorsitzender hat er den direkten Kontakt zu den Mitgliedern der Volksgruppe gesucht und gefunden. Auch heute schätzt man seine Detailkenntnisse, und wenn man etwas über die Geschichte der deutschen Minderheit wissen will, ist er der richtige Ansprechpartner. Sein Personengedächtnis ist außergewöhnlich, und seine Kenntnis der Familien reicht Generationen weit. Die Geschichte des Landesteils ist seine Leidenschaft, und so kommt es nicht von ungefähr, dass er den Vorsitz des Deutschen Museums Nordschleswig übernommen hat, das seinen Sitz in Sonderburg hat und die Geschichte der deutschen Volksgruppe unter Leitung des Direktors und Pastors Günter Weitling aufarbeitet. Gerhard Schmidt ist ein Mann der deutschen Minderheit in Nordschleswig, auch wenn er sie selber nicht gern so bezeichnet. Er sagt lieber „deutsche Volksgruppe“ und ist stolz auf seine Zugehörigkeit. Er ist ein unermüdlicher Vorkämpfer für die Belange der Deutschen in Nordschleswig, und seiner Beharrlichkeit, seiner Energie und seiner Tatkraft haben sie viel zu verdanken. Für ihn selber war eine wesentliche Triebkraft für seinen Einsatz für die deutsche Volksgruppe das Gefühl der Zusammengehörigkeit. „Das war früher größer als heute“, meint er.

Gerhard Schmidt ist von Beruf Landwirt, hat sich dabei aber immer die Freiheit genommen, für seine Überzeugung viel Zeit zu investieren und sich zu engagieren, auch wenn dies mitunter einen hohen Preis gekostet hat.

Er wurde in die Minderheit hineingeboren, und zeit seines Lebens war er Angehöriger der deutschen Volksgruppe. So ergab es sich fast von selbst, dass er als aufgewecktes und engagiertes Mitglied der Schleswigschen Partei (SP), der Partei der deutschen Minderheit, in den Stadtrat von Gravenstein/Grästen gewählt wurde. Dort war er mit zwei Unterbrechungen von 1960 bis zu den letzten Wahlen im Jahr 2001 tätig. Er machte schnell Karriere und wurde Vizebürgermeister und Vorsitzender von zwei wichtigen Ausschüssen. „In der Kommunalpolitik habe ich etwas bewirken können“, sagt er, und überall, wo man seinen Namen erwähnt,

begegnet man ihm mit Achtung und Respekt. Er ist ein gern gesehener und angesehener Mann – man schätzt und respektiert ihn und bewundert seine aufopfernde Art, mit sich und der Welt ins Reine zu kommen. Er ist ein Mensch, der viel für andere tun kann. So schlägt ihm viel Sympathie entgegen, wohin er kommt.

Seine Zeit als Hauptvorsitzender war eine wichtige Periode für die deutsche Minderheit. „Es war die Zeit von der Konfrontation hin zur Gleichwertigkeit“, wie er selbst sagt.

In seine Zeit als Hauptvorsitzender normalisierten sich die Beziehungen zwischen der deutschen Minderheit und der dänischen Mehrheitsbevölkerung, und die Redlichkeit, mit der Gerhard Schmidt seinen Posten ausfüllte, hat sicherlich das ihre dazu beigetragen. Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen, das betont Gerhard Schmidt immer wieder, war die Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen im Jahr 1955, in denen die Minderheitenfragen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze geregelt wurden. Damals erhielten etwa die deutschen Schulen nach dem Kriege wieder das Recht, Prüfungen durchzuführen; die Examina wurden wieder anerkannt.

Auf der Grundlage der schrittweisen Annäherung war auch der erste Besuch von Bundespräsident Walter Scheel 1979 in Nordschleswig zu sehen. Als 1986 auch die dänische Königin Margrethe der deutschen Volksgruppe einen Besuch abstattete, wurde die deutsche Minderheit offiziell anerkannt.

Gerhard Schmidt hat diese Entwicklung mit wachem Blick mit gestaltet. Auch heute ist er weiter in der Volksgruppe aktiv. So hat er neben dem Vorsitz des Deutschen Museums Nordschleswig auch den Vorsitz der Deutschen Nachschule Tingleff inne. Dort hat er z.B. dafür gesorgt, dass jedes Jahr ein Stipendium für Schülerinnen und Schüler aus der ehemaligen Sowjetunion vergeben wird.

Andrea Kunsemüller, Deutsches Generalsekretariat Aabenraa, 5.7.2002

Die Geschäftsführerin des Grenzfriedensbundes, Ingrid Schumann, hat Gerhard Schmidt in einem Schreiben vom 12. Juli 2002 die Glückwünsche des Vorstandes, der Geschäftsführung und des Ehrenvorsitzenden Artur Thomsen übermittelt und dabei aus der Sicht des Grenzfriedensbundes auch die Verdienste Gerhard Schmidts gewürdigt.

Die Redaktion

Artur Thomsen 75 Jahre

Am 15. September feierte der Ehrenvorsitzende des Grenzfriedensbundes, Artur Thomsen, seinen 75. Geburtstag.

Im deutsch-dänischen Grenzland gehört Artur Thomsen zu den bekanntesten

Persönlichkeiten. Auch wenn er sich inzwischen aus der gesellschaftlichen Alltagsarbeit zurückgezogen hat, so sind seine Beiträge, seine kritischen Anmerkungen für den Grenzfriedensbund immer noch wichtig und fördern unsere Arbeit. Die Unverzichtbarkeit der Arbeit der Grenzverbände für das friedliche Neben- und Miteinander im Grenzland ist nach wie vor eine Leitschnur für Artur Thomsen. Auf Unverständnis bei dem Jubilar stößt die geringer werdende Kenntnis oder sogar das in Frage stellen der Grenzverbände.

Als Kommunalpolitiker (Stadtpräsident von Flensburg 1970-1974) und als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes (bis 1997) hat sich unser Ehrevorsitzender immer wieder für den Ausbau der deutsch-dänischen Beziehungen eingesetzt. Sein Einsatz für die Friedensarbeit an der deutsch-dänischen Grenze war von zwei Gesichtspunkten gekennzeichnet:

Die Grenze liegt fest.

Das nationale Bekenntnis ist frei, und zwar nördlich und südlich der Grenze.

Der Jubilar hat immer wieder in allen seinen Beiträgen klar den Trennstrich gezogen zwischen nationalem Bekenntnis und Verirrungen in nationalistischer Hinsicht. Die historische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Herrschaft im Grenzland durch die Grenzfriedenshefte war dem Jubilar ein besonderes Anliegen.

Für sein gesellschaftliches Wirken wurde Artur Thomsen mehrfach ausgezeichnet. Sein ständiger Einsatz für den Grenzfrieden wurde belohnt durch die Verleihung des Grenzlandpreises im Jahre 1997.

Der Grenzfriedensbund wünscht seinem Ehrevorsitzenden gute Gesundheit.

Lothar Hay

Schartl leitet künftig Kreis-Kulturstiftung

Kuratorium bestellt neuen Direktor

SCHLESWIG-FLENSBURG (sh:z) Mit wichtigen Personalentscheidungen hat das Kuratorium der Kulturstiftung des Kreises die Weichen für eine auch in Zukunft erfolgreiche Kulturarbeit in der Region gestellt. So wurde auf Vorschlag von Landrat Jörg-Dietrich Kamischke einstimmig Kreisarchivar Dr. Matthias Schartl mit Wirkung vom 1. September zum neuen Direktor der Kulturstiftung und damit zum Nachfolger von Dr. Henning Bachmann bestellt. Kamischke begründete seinen Vorschlag mit der Kompetenz Schartls, der bereits seit März 1998 stellvertretender Direktor ist und Archivleiter bleibt. Kulturausschuss-Vorsitzender Johannes Callsen hob als gemeinsames Ziel des Ausschusses und der Kulturstiftung hervor, die Vielfalt der Kultur in der Region auch zukünftig zu sichern, ehrenamtliche Initiativen zu fördern und angesichts knapper Finanzen mit

neuen Wegen attraktive Kulturprojekte zu realisieren. Hierzu wünschte er Matthias Schartl viel Erfolg.

Flensburger Tageblatt, 3.7.2002

Knivsberg und Bismarck

(dm) Am Rande eines Empfangs in Verbindung mit der Eröffnung der Ausstellung „Sønderyllandsbilleder“ des Sonderburger Museums kam Museumsdirektor Peter Dragsbo - wie berichtet - im Juni mit einer interessanten Neuigkeit: ein Stück der Bismarck-Spitze des früheren Bismarck-Turms auf dem Knivsberg, bisher der Öffentlichkeit verborgen im Museum „Koldinghus“ in Kolding aufbewahrt, befindet sich jetzt im Zentralmagazin der nordschleswigschen Museen in Christiansfeld und soll nach den Angaben von Dragsbo „irgendwann einmal“ im Sonderburger Schlossmuseum gezeigt werden.

Es handelt sich dabei um eine Spitze der vier Seitentürmchen des einstigen 47 m hohen Bismarck-Turmes, der am 4. August 1901 eingeweiht wurde und der in der Nacht zum 16. August 1945 von Kräften des dänischen Widerstandes in die Luft gesprengt worden war. Im Oktober 1945 folgte am zwölf mal zwölf Meter großen Terrassensockel noch eine zweite Sprengung. Die Täter sind bis heute unbekannt. Es gibt nur einen „anonymen“ Schriftwechsel mit unserer Zeitung, in dem sich ein dänischer Widerstandskämpfer zur Sprengung bekannte und sie auch noch verteidigte.

Die Situation nach 1945 sollte man so schnell wie möglich vergessen, werden sich manche wünschen. Wir sind nicht dieser Meinung. Die Geschichte des Grenzlandes, auch die Mitverantwortung der deutschen Volksgruppe während der Besatzungsjahre von 1940-1945, muss nicht umgeschrieben werden, aber wo Unrecht begangen worden ist, da ist Unrecht auch offen zu beanstanden – und zwar auf beiden Seiten. In welcher Form das Sonderburger Museum den Bismarck-Turm zeigen wird, bleibt abzuwarten, aber die deutsche Volksgruppe sollte sich schon jetzt beim dänischen Museum als „rechtmäßiger“ Besitzer melden und eine Rückgabe verlangen, damit die etwa 60 cm hohe Bismarck-Spitze z. B. in einer Vitrine auf dem Knivsberg als Dokumentation, als stummer Zeuge der damaligen Zeit ihren angemessenen Platz findet - mit einer von deutschen (gern auch in Zusammenarbeit mit dänischen) Historikern auszuarbeitenden Informationstafel. Dies ist keine Provokation, sondern dies wäre ein Stück Anständigkeit – und eine Aufarbeitung von begangenen dänischen Unrecht nach 1945!

Der Nordschleswiger, 3.8.2002

Debatte: Zweisprachigkeit der Minderheiteninstitution

Konstruktive und lebhafte Debatte über Stellenwert der deutschen Sprache in den Kindergärten

TINGLEFF (st) An die Kurzbeiträge von Joachim Schramm, Vorsitzender des DSSV, und des BdN Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen auf dem Themenabend „Die Sprache in unseren Einrichtungen“ des Kindergartenausschusses des DSSV schloss sich eine lebendige und konstruktive Diskussion an.

Als eine der ersten Rednerinnen sagte die Leiterin des Kindergartens „Warteschule“, Hadersleben, Tamara Bente-Møller, dass man sich den Realitäten anpassen müsse. Wenn man mehrheitlich dänische Kinder in der Institution habe, müsse man auch Konzessionen hinsichtlich der Sprache und Traditionen machen. „Toleranz zeigt sich auch in der Akzeptanz doppelter Bräuche“, so die Leiterin. Deshalb habe die Einrichtung neben deutschen auch dänische Kinderbücher, und auch beim Geburtstag komme der Danebrog auf den Tisch.

Ebenso wie die Vorsitzende der „Warteschule“, Nicole Dahl, wies sie jedoch daraufhin, dass natürlich eine Zielsetzung sei, deutsch zu sprechen und die Sprache so gut wie möglich den Kindern beizubringen. Florian Born, Leiter des Kindergartens Rinkenise, stellte den Vorteil der Zweisprachigkeit des Kindergartens in den Vordergrund und sagte: „Wir müssen auch an das Überleben des Kindergartens denken und darauf reagieren.“ Er machte darauf aufmerksam, dass die meisten Kinder untereinander dänisch reden würden, rein deutsch sprechende Kinder sich am Anfang sogar ausgeschlossen fühlten.

Gitte Marschallek, Vorsitzende des Kindergartens Pattburgs, erhielt großen Beifall, als sie sagte, für sie als Dänin sei die Zweisprachigkeit des Kindergartens ausschlaggebend gewesen, ihre Kinder dorthin zu schicken. „Qualität ist für mich und meine Kinder das absolut Wichtigste, und dazu gehört die Zweisprachigkeit.“ Hans Heinrich Hansen verwies in der Debatte darauf, dass die Kindergärten in aller erster Linie Institutionen der deutschen Minderheit seien und deshalb gefördert und von den Kommunen akzeptiert würden und nicht, weil sie eine zweisprachige Institution seien. „Wir sind keine Sprachschulen und werden auch als solche nicht gefördert“, so Hansen.

In diesem Zusammenhang wies Inge Erichsen vom Kindergarten Wilsbeck darauf hin, dass das Kindergartenpersonal ganz bewusst auch schon mit den Kleinkindern deutsch sprechen würde. „Unsere Eltern legen großen Wert darauf, dass bei uns deutsch gesprochen wird, deshalb schicken sie ja ihre Kinder zu uns und nicht in eine dänische Institution“, so Inge Erichsen. Auch Claudius Schultz, Vorsitzender des Kindergartens Broackerland, machte sich dafür stark, zuerst einmal die deutsche Sprache und die deutsche Kultur im Kindergarten zu fördern. „Natürlich leben wir auch mit der dänischen Kultur – und das ist gut so –, aber wir

sollten aktiv die deutsche Kultur und Sprache fördern und nicht die dänische“, so Schultz.

Zum Schluss der zweistündigen Diskussion bedankte sich Veronika Bjørn Jessen, Vorsitzende des Kindergartenausschusses des DSSV, für die vielen interessanten Anregungen und Meinungsbilder. Auf Grundlage dessen wolle man nun ein Diskussionspapier erstellen, mit dem weiter gearbeitet werden soll.

Der Nordschleswiger, 15.8.2002

Dänen-Kinder spielen Krieg gegen Deutsche

360 dänische Pfadfinder haben in den Sommerferien mit Waffen-Attrappen und Hakenkreuz-Armbinden die Landung deutscher Truppen im Königreich im Zweiten Weltkrieg nachempfunden. Die deutsche Botschaft in Kopenhagen sowie die deutsche Minderheit nördlich der Grenze reagieren verstimmt.

KOPENHAGEN Auch ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg lassen erwachsene Dänen Kinder und Jugendliche noch immer gegen die Deutschen kämpfen: In einem Ferienlager auf der Insel Falster haben 360 Pfadfinder zwischen acht und 16 Jahren die Besetzung Dänemarks durch die deutsche Wehrmacht am 9. April 1940 nachgespielt. Der Fernsehsender TV2 hat Szenen der Zeitreise festgehalten: Im Morgengrauen wird die sommerliche Idylle durch Sirenen und Megafon-Durchsagen in militärischer Tonart durchbrochen : „Dänemark steht ab sofort unter deutschem Kommando. „Panische Reaktion schreiender Kinder: „Die Soldaten sind gekommen, um uns zu holen!“

Ein Teil der Pfadfinder hat die Rolle der Bösewichte übernommen und sich unmissverständlich ausstaffiert: Uniformen mit Hakenkreuz-Armbinden, Stahl- und andere Helme verleihen ihnen ein bedrohliches Aussehen. Mit Waffenattrappen bedrohen sie ihre Opfer, verhindern das Hissen der dänischen Flagge, rationieren die Lebensmittel. Die größere Gruppe der Pfadfinder schlüpft in die Rolle der Widerstandskämpfer. Sie müssen beweisen, ob sie sich unter einander in einem Geheim-Code verständigen können und einen englischen Fallschirmjäger mit einer nur aus Ästen gebauten Leiter aus einem Baum vor den Deutschen retten. Nach 13 Stunden endet die Geschichte damit, dass sich die Mitspieler vorstellen: Die deutsche Zentrale wird in die Luft gesprengt. Dann erschallt die Durchsage des dänischen Rundfunks von 1945, das Königreich sei befreit.

Organisatorin Karoline Henriques (19) verteidigt die Aktion mit den Worten: „Das historische Szenario bietet gute Möglichkeiten, Pfadfindertechniken praktisch unter Beweis zu stellen.“ Die jungen Leute könnten so besser nachempfinden, was ihre Großeltern erlebt hätten. „Die deutsche Besetzung im Zweiten Weltkrieg ist ein wesentlicher Teil unserer Geschichte, und durch das Nachspielen wird sie

wesentlich greifbarer als im Schulbuch“, glaubt die Theologie-Studentin, Darüber hinaus betont sie: „Es war sehr lustig.“ Den Einwand, ein veraltetes Deutschland-Bild wiederzubeleben, weist Henriques zurück: „Wir haben ein Bild von den Nazis gezeichnet, nicht aber von Deutschland an sich.“

In der Botschaft der Bundesrepublik in Kopenhagen kommt das anders an. Vize-Botschafter Bernhard Braumann kritisiert das Kriegsspiel als „überraschend und äußerst unglücklich für das Deutschland-Bild in Dänemark“. Der Diplomat geht davon aus, dass es sich um einen Einzelfall handelt. Das sieht der Vorsitzende der deutschen Minderheit in Dänemark, Hans Heinrich Hansen, anders. „Wir erleben immer wieder, dass Ressentiments gegen Deutsche fester Bestandteil des dänischen Nationalgefühls sind. Ich bin befremdet, dass die Dänen nicht den Abstand zur Geschichte finden.“

Anke Spoorendonk, Fraktionschefin des dänisch orientierten SSW im Kieler Landtag, bestätigt „Vorurteile gegen die Deutschen sitzen in Dänemark leider noch immer tief. Durch das sinnlose Pfadfinderspiel werden sie unnötig bestätigt.“

Frank Jung, in: Flensburger Tageblatt, 22.8.2002

Fünf Jahre gemeinsame Region

SØNDERJYLLAND/SCHLESWIG (fc/fu) Am 16. September 1997 hatte sich das Grenzland nach jahrelanger Debatte mit der Vereinbarung über die engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein neues, ein „europäisches“ Gesicht gegeben. Zum Zeitpunkt der Regionsgründung war sie die 25. Kooperation dieser Art im Rahmen der „Europäischen Charta grenzübergreifender Regionen“.

Das Fazit deutscher und dänischer Kommunalpolitiker nach einem halben Jahrzehnt ist eher zurückhaltend: „Das Verständnis füreinander ist gewachsen“, bilanzierte der ehemalige Flensburger Stadtpräsident Peter Rautenberg (SPD), einer der „Gründungsväter“ der Region. Direkte Erfolge ließen sich „nur schwer aufzeigen“, meinte ein weiteres früheres Mitglied des Regionalrates, Harald Søndergaard von der Schleswigschen Partei der deutschen Volksgruppe in Sønderjylland (Südjütland/Nordschleswig).

Viele Vorbehalte auf dänischer Seite, die zum großen Teil noch aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs resultierten, müssen weiter abgebaut werden, hieß es in verschiedenen Stellungnahmen. Andererseits gelte es auf der deutschen Seite, die Dänischkenntnisse zu verbessern. Wegen der neuen Form der Zusammenarbeit seien jedoch vor allem die Kontakte zwischen Arbeitnehmerorganisationen, Schulen und Jugendverbänden stark angewachsen, stellten andere Beobachter fest.

„Aller Anfang ist schwer“, konstatierte Nordfrieslands Landrat Dr. Olaf Bastian.

Dennoch zeigte er sich zuversichtlich, dass die Region Sønderjylland/Schleswig ihre Chance nutzt, „von der nationalen Randlage in die europäische Binnenlage zu kommen.“ Es gebe durchaus greifbare Ergebnisse der Zusammenarbeit, wie die „Euro-Klasse“ in Niebüll-Tondern, eine abgestimmte Verkehrsplanung im Bereich der Grenz-Bahnstrecke an der Westküste, die Zusammenarbeit im Rettungsdienst oder bei der gemeinsamen Förderung von Führungsnachwuchs. Allerdings müssten die Bürger künftig noch mehr einbezogen sein. „Es darf nicht nur ein Europa der Repräsentanten bleiben“, so Bastian.

Gebildet wird die deutsch-dänische Region mit ihren insgesamt fast 700 000 Einwohnern vom Amt Sønderjylland, von den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie der Stadt Flensburg. Ein Regionalrat aus 42 Mitgliedern, dessen Arbeitskreise sowie ein Regionsbüro gestalten gemeinsame Projekte und Aktionen. Politischen Einfluss übt der Regionalrat nicht aus, das Gremium hat keinerlei verbindlichen Entscheidungscharakter. Vom Regionsbüro werden jährlich knapp 350 000 Euro, das sind in etwa 50 Cent pro Einwohner, für die Zusammenarbeit ausgegeben.

Flensburger Tageblatt, 17.9.2002